Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 223 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Donnerstag, 22. September 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Abgelehnte Landtagsauflösung

Der Preußische Landtag trat am Mittwoch nach etwa dreiwöchiger Pause wieder zusammen. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt; lediglich die Regierungsbank blieb leer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Abg. Hinkler für die NSDAP.-Fraktion

folgende Erklärung ab: Angesichts der Erklärung der Presse des Herrenklubs und des Herrn Reichskanzlers von Papen bezüglich der Auffassung der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion zu den Rechten und Pflichten der Beamten dem Reichskommissar in Preußen gegenüber erklärt die Fraktion folgendes: Die Fraktion hat am 30. 8. dem kommunistischen Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung der kommissarischen preußischen Regierung sämtlichen Ministerialbeamten im Gegensatz zu der Gepflogenheit der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtags überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preußische Regierung — wohl unter dem Druck dieser Entscheidung — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermeiden.

Die nationalsozialistische Fraktion erklärt dazu, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. (Lachen links.) **Soweit sich die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht unter dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können** (erneutes Lachen links), **im Rahmen der auch von ihm beschworenen Verfassung handeln, sieht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetz in preußischer Pflichterfüllung zu beachten.** (Andauerndes Gelächter links.)

SPD.-Anträge

Abg. Jürgensen (Soz.) bringt mehrere Anträge seiner Fraktion ein. Unter anderem soll die polizeiliche Haussuchung im Reichstag, die gegen die Reichsverfassung verstoße, zum Gegenstand einer Untersuchung durch den Polizeiuntersuchungsausschuß gemacht werden. In einem weiteren Antrag erhebt die sozialdemokratische Fraktion allerschärfsten Protest gegen den Inhalt der Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Landtagspräsidenten. Der Landtagspräsident sei nicht berechtigt, im Namen des Landtags ohne Auftrag Verhandlungen zu führen. Der Antrag verlangt, daß der Landtag das Verhalten des Präsidenten mißbillige. Schließlich soll die Staatsregierung ersucht werden, alle von den Sondergerichten gefällten Urteile mit größter Beschleunigung nachzuprüfen und Strafen von unverhältnismäßiger Höhe herabzusetzen. Außerdem soll die Verordnung über die Bildung von Sondergerichtn dahin abgeändert werden, daß vor dem 10. August begangene Straftaten nicht mehr vor einem Sondergericht verhandelt werden dürfen.

Das Haus beschließt, den ersten dieser Anträge über die Haussuchung im Reichstag dem Polizeiuntersuchungsausschuß zu überweisen. Gegen die Aufsetzung des zweiten Antrages über das Verhalten des Landtagspräsidenten wird von nationalsozialistischer Seite Widerspruch erhoben, während der Antrag bezüglich der Sondergerichte mit einem entsprechenden Punkt der heutigen Tagesordnung verbunden wird.

Anträge der KPD.

Abg. Kasper (Komm.), der dann das Wort erhält, beginnt seine Ausführungen mit den Worten „Der Bracht-Kerrl ...“ Bei diesem Ausspruch entsteht bei den Nationalsozialisten große Erregung, während bei den Kommunisten Händeklatschen und Beifallsrufe laut werden.

Präsident Kerrl schließt den Abg. Kasper wegen grober Verletzung der Ordnung von der Sitzung aus. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten — Lärm bei den Kommunisten — Abg. Kasper verläßt unter stürmischen „Raus“-Rufen der Nationalsozialisten den Saal.)

Abg. Schwenk (Komm.) bringt einen kommunistischen Urantrag ein, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Minister des amtsenthobenen Ministers Braun weiter ihre hohen Bezüge und Aufwandsentschädigungen beziehen und ihre Dienstwohnungen und ihre Dienstautos benutzen. Der Antrag fordert, daß diesem Zustand unverzüglich ein Ende gemacht wird.

Abg. Pieck (Komm.) protestiert dagegen, daß sein Fraktionsgenosse Kollege Kasper wegen eines Wortspieles von der Sitzung ausgeschlossen worden sei. Er bringt weiter den Antrag ein, der Landtag wolle seine Auflösung zum 5. November 1932 beschließen. Neuwahlen sollten spätestens am 6. November stattfinden.

Da sich kein Widerspruch gegen den Antrag erhebt, wird sofort ohne Aussprache darüber abgestimmt.

Für den kommunistischen Antrag stimmen die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Staatspartei. Der Antrag ist also abgelehnt. (Händeklatschen und anhaltende ironische Zurufe der Nationalsozialisten.)

Abg. Steinfurth (Komm.) wendet sich dagegen, daß der Beschluß des Landtages, die politischen Notverordnungen aufzuheben, bisher nicht durchgeführt worde sei, daß aber die Verbote proletarischer Zeitungen und Zeitschriften sich dauernd mehrten. Er bantragt, die Zeitungsverbote sofort aufzuheben, dem Berliner Polizeipräsidenten Melcher seines Amtes zu entheben und seine Stelle nicht wieder zu besetzen.

Der Antrag wird mit der Tagesordnung verbunden. Das aHus tritt dann in die Tagesordnung ein und verweist fast

200 Anträge in die einzelnen Ausschüsse.

Entsprechend dem Beschluß des Aeltestenrates wird die vorgesehene Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Neuwahlen in den Gemeindevertretungen von der Tagesordnung abgesetzt.

Bergbaufragen

Es folgt die Beratung von Bergwerksanträgen.

Abg. Ligendzer (Komm.) nimmt zu Lohnfragen im Bergbau Stellung. Er spricht von unzureichenden Löhnen im Bergbau und tritt für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau und für eine internationale Verständigung in dieser Frage ein.

Präsident Kerrl teilt mit, daß er nach Einsichtnahme in das Stenogramm den Ausschluß des kommunistischen Abg. Kasper zurücknehme, zumal ihm mitgeteilt worden sei, daß der Ausdruck nicht böse gemeint war.

Abg. Kreker (Zentr.) unterstützt die vorliegenden Anträge und fährt fort, daß besonders Oberschlesien durch die unselige Grenzziehung schwer betroffen worden sei. Die Grenze müsse wieder so festgelegt werden, daß die auseinandergerissenen Betriebe wieder wirtschaftlich verbunden seien.

Ohne weitere Aussprache werden die Abstimmungen auf später vertagt.

Die Haushalts-Notverordnung

Es folgt die Beratung der Notverordnung vom 15. Juli 1932 über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932, die noch von der Regierung Braun erlassen worden ist.

Abg. Kasper (Komm.) kritisiert besonders die Einsparungen auf kulturellem Gebiet. Die Ausgaben auf dem Gebiet der Volksschulen und Lehrerbildung wurden um 138,5 Mill. RM. eingeschränkt. Er wendet sich dann der gegenwärtigen Lage in Preußn zu und führt dabei aus, die Nationalsozialisten seien, wie auch aus ihrer heutigen Erklärung hervorgehe, fortgesetzt unter der Fuchtel des Herrn von Papen auf dem Rückzuge. Unter großer Unruhe und zahlreichen Zwischenrufen der Nationalsozialisten spricht der Redner von Zersetzungserscheinungen in der SA. Obgleich die Nationalsozialisten im Preußischen Landtag die Schlachtsteuer als staatlichen Diebstahl bezeichnet hätten, habe die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg ebenfalls die Schlachtsteuer eingeführt.

Abg. Heilmann (Soz.) bezeichnet es als bemerkenswert, daß in dieser großen politischen Aussprache die größte Partei des Hauses noch nicht das Wort genommen, und daß bisher außer den Kommunisten und den Sozialdemokraten sich niemand zum Wort gemeldet habe. Die preußische Volksvertretung sei ohne jeden politischen Einfluß. Die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Regierung Papen bestehe fort. (Widerspruch bei den Nationalsozialisten.) Sie (zu den Nationalsozialisten) dachten, es würde ein Uebergangskabinett sein. Sie kennen die preußischen Junker schlecht! Nehmen, was man kriegen kann, und gar nichts hergeben, war schon immer ihre Parole in allen Staats- und Privatangelegenheiten. Solange Sie (zu den Nationalsozialisten) daran mitgearbeitet haben, das Zentrum aus seiner Schlüsselstellung zu verjagen, waren Sie die lieben Kinder der Deutschnationalen. Nachdem Sie das Ziel erreicht haben, haben sich die Deutschnationalen der Alleinherrschaft bemächtigt. Und jetzt verhandeln Sie mit dem Zentrum darüber, wie man die Bundesgenossen von Harzburg wieder aus der Macht haut. Um Verhandlungen mit dem Zentrum irgendeinen Menschen zu beneiden, wäre Vermessenheit. (Stürmische Heiterkeit rechts und Ruf: Sie sprechen aus Erfahrung.) Dazu ist das Zentrum ein viel zu kluger und zäher Verhandlungspartner. Sie führen den Namen Sozialisten mit Unrecht, denn Sie lehnen die Grundforderungen des Sozialismus ab.

Abg. Lohse (Natsoz.) erklärt, die Sozialdemokratie könne nicht den Anspruch erheben, die Rechte des Volkes zu verteidigen, denn sie habe ihre parlamentarische Macht mißbraucht. Ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz habe man nationalsozialistische Beamte entlassen, die Partei unterdrückt und ihre Kämpfer ins Gefängnis geworfen. (Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die kommissarische preußische Regierung, so fährt der Redner fort, habe den alten Etat unverändert übernommen und genau so weiter gewurstelt wie die alte Regierung. Auch in sozialer und kultureller Hinsicht sei nichts geändert worden. Langsam aber sicher gingen wir auch unter Führung dieser Herren dem Abgrunde entgegen. Die Steuergutscheine seien etwas so Naives, wie man es wohl selten erlebt habe. Der Nationalsozialismus nehme den Kampf gegen diese Regierung rücksichtslos auf. Der Redner fragt, mit welchem Recht der Herrenklub heute in Deutschland die Führung des Staates verlange. Heute, wo sie keinen Einfluß mehr besäßen, schimpften die Deutschnationalen auf das Parlament, und als große Parlamentspartei hätten sie doch recht gern an den Fleischtöpfen der Weimarer Republik gesessen und nicht von der Ausschaltung des Parlaments gesprochen. Sie (zu den Deutschnationalen) nennen sich Monarchisten und haben mit der Zustimmung zum Republikschutzgesetz die Rückkehr des Kaisers verhindert. Hätten Sie vor dem Kriege das Werk Bismarcks besser verwaltet, dann wäre 1918 die Revolution nicht gekommen. Wenn Sie den Kampf von uns wollen, Sie sollen ihn haben! (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Kube (Natsoz.) erwidert dem Abgeordneten Heilmann, er habe es mit mädchenhafter Scheu vermieden, zur Tagesordnung zu sprechen. Auf die schönen theoretischen Vorträge über Sozialismus komme es nicht an. Aus den schmerzensreichen Rufen Heilmanns an das Zentrum höre man die tief enttäuschte Liebe eines Liebhabers heraus, der feststellen müsse, daß sich bei seiner ehemaligen Geliebten Möglichkeiten zur Anknüpfung eines neuen Verhältnisses ergäben. (Große Heiterkeit und Rufe bei den Kommunisten: Sie machen sich ganz gut als Nebenbuhler!) Der Redner wendet sich dann gegen den Reichskanzler von Papen und erklärt: Herr von Papen, Sie irren sich, wenn Sie glauben, wir wollen dasselbe wie Sie. Wir denken nicht daran, Ihre arbeiter- und bauernfeindliche Politik mitzumachen. Wenn Sie glauben, die politische Gewalt in Deutschland zu handhaben, wenn Sie Ihre scharfmacherische Presse ins Land hinaussenden, wenn Sie in diesem Wahlkampf nicht die Freiheit geben wollen, wie im letzten Wahlkampf, wenn Sie glauben, damit die deutsche Nation beeinflussen zu können, dann irren Sie sich. Wir haben den Kampf gegen den Marxismus nicht geführt, damit an die Stelle der sozialdemokratischen Landräte Ihre Landräte treten. Sie können auch nicht auf unsere Gefühle wirken, wenn Sie bei Nacht und Nebel in den Reichstag eindringen und unter dem Vorwand einer Sprengstoffsuche die politische Korrespondenz einer unbequemen Partei beschlagnahmen. Dieses Spiel ist geeignet, den deutschen Staat dem Bolschewismus zu überliefern. Die Zeiten sind vorüber, wo man das deutsche Volk mit einer angeblichen Ueberlegenheit bevormunden konnte. Wenn Sie es wagen sollten, uns gegenüber die Verfassung außer Kraft zu setzen, dann müssen Sie sich selbst dafür verantwortlich machen, wenn Repressalien von irgendeiner Seite ins Auge gefaßt werden. Wie will Herr von Papen nach der Reichtagsneuwahl gesetzlich weiter regieren? Glaubt man, daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei im neuen Reichstag die Mehrheit haben? (Lachen rechts.) Es soll nicht moralisch sein, daß wir mit dem Zentrum verhandeln. Aber es ist wohl moralisch, wenn die Deutschnationalen mit dem Zentrum regieren? Wir denken nicht daran, uns von unserem Nationalismus oder Sozialismus etwas abhandeln zu lassen. Das nationale Wollen der 14 Millionen Nationalsozialisten kann die Regierung von Papen unter keinen Umständen dem Auslande gegenüber zum Ausdruck bringen. Der 6. November wird kein wesentlich anderes Bild zeigen als der 31. Juli. Wir werden sehen, ob am 7. November Herr von Papen wieder mit einer Handbewegung das Votum der deutschen Nation beiseite schiebt. (Beifall bei den Natsoz.)

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Hindenburg am Schauplatz der Reichswehrmanöver



Reichspräsident von Hindenburg — in Feldmarschallsuniform — beobachtet durch den Feldstecher die Truppenbewegungen im Manövergelände bei Odervorwerk. Ganz links in der Gruppe General von Hasse, der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 1, rechts Oberst von Hindenburg, der Sohn und Adjutant des Reichspräsidenten

Der Aeltestenrat

hatte vor der Plenarsitzung getagt. Er beschloß, daß der Sitzungsabschnitt des Plenums bis Frei-

tag dauern soll. Anträge, die über das Gehorsamsverhältnis der Beamten zur Regierung eingebracht sind, sollen am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Außer den Anträgen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen liegt auch vom Zentrum ein Antrag vor, um den Konflikt zu bereinigen. Verbunden mit der Beratung soll ein sozialdemokratischer Antrag werden, der sich gegen die politischen Besprechungen des Landtagspräsidenten Kerrl wendet.

Am Freitag wird sich der Landtag voraussichtlich bis nach den Reichstagswahlen vertagen. Nur in außerordentlichen Fällen soll der Präsident ihn nochmals vorher einberufen.

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. noch erfährt, kam es in der Aeltestenratssitzung des Preußischen Landtages zu heftigen Auseinandersetzungen über die Sitze der Parteien in den Aufsichtsräten der staatlichen Gesellschaften. Die Deutschnationalen, die einen Teil dieser Sitze innehaben, hätten nach ihrer jetzigen Fraktionsstärke eigentlich keinen Anspruch mehr auf eine Vertretung in den Aufsichtsräten. Sie weigern sich aber, ihre Sitze zugunsten der Nationalsozialisten, die ihren Anspruch offiziell angemeldet haben, preiszugeben. Der Aeltestenrat hat deshalb beschlossen, daß sich der Landtagspräsident an die kommissarische Regierung wenden soll, um die Gesellschafter-Versammlungen der staatlichen Gesellschaften einzuberufen mit dem Ziele, die deutschnationalen Aufsichtsratsmitglieder abzuberufen.

Die Anträge über das Gehorsamsverhältnis der Beamten

Der Redner der NSDAP. gab, wie oben schon berichtet, bei Beginn der Plenarsitzung eine Erklärung zu diesem Streitpunkt ab.

Ein Antrag der deutschnationalen Fraktion hat folgenden Wortlaut:

„Am 30. August hat eine Mehrheit des Landtages einen Beschluß gefaßt, der die Beamten und Angestellten rechtswidrig von der Pflicht zur Befolgung von Dienstanweisungen entbinden will. Wenn auch diesem selbstredend von keinem Beamten oder Angestellten auch nur die geringste Beachtung geschenkt worden ist, so ist er doch geeignet, eine große Rechtsunsicherheit in der Beamtenschaft hervorzurufen. Durch die Erklärung des Präsidenten ist dieser unhaltbare Beschluß des Landtages nicht beseitigt. Der Landtag wolle daher beschließen: Der Landtagsbeschluß vom 30. August, durch den die Beamten und Angestellten von ihrer dienstlichen Gehorsamkeitspflicht entbunden werden sollen, wird als gesetzwidrig aufgehoben."

Die Zentrumsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des VdZ. hört, einen Antrag eingebracht, in dem gesagt wird, die preußischen Beamten hätten, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, trotz der schweren Gewissenskonflikte, in die sie, wie es in dem Antrage heißt, „durch das nach übereinstimmender Ueberzeugung des Landtages, des Staatsrates und des Staatsministeriums verfassungswidrige Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen" geraten mußten, ihre Amtspflichten treu und gewissenhaft erfüllt. Der Landtag spreche den Beamten dafür Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gebe er der Erwartung Ausdruck, daß die preußischen Beamten auch fernerhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preußischen Beamtentums zum Besten von Staat und Volk unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, ist dem Abg. Löbe eine Entscheidung der Reichsregierung darüber, ob sie sich an den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses des Reichstages, der Donnerstag vormittag zusammentritt, beteiligen wird, noch nicht bekannt. In den letzten Tagen ist zwar eine Reihe von Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes zwischen Reichsregierung und nationalsozialistischem Reichstagspräsidenten geführt worden, über deren Ergebnis man aber noch nichts weiß. Die Frage des Erscheinens der Reichsregierung wird auch in der Donnerstagssitzung des Untersuchungsausschusses noch nicht aktuell sein, da der Ausschuß beabsichtigt, zunächst die übrigen Zeugen, also den Reichstagspräsidenten, die Schriftführer, die Stenographen und andere Zeugen, die sich gemeldet haben, zu vernehmen. Außerdem wird das Stenogramm der Reichstagssitzung vom 12. September durchgeprüft und die Schallplatte vorgeführt werden, die von der Sitzung aufgenommen ist. Man nimmt an, daß die Untersuchungsarbeit des Ausschusses mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Kleine Meldungen

Die „Fliegende Familie". Der Dampfer „Lord Talbot" hat die „Fliegende Familie" Hutchinson in Schottland gelandet.

Zivilrechtliche Auseinandersetzungen infolge des Kreuger-Zusammenbruches. Vor dem Stockholmer Amtsgericht wurde die Regreß-Klage der Konkursverwaltung von Kreuger u. Toll und des Nachlaßverwalters Ivar Kreugers gegen den Generalkonsul Torsten Kreuger verhandelt. Die eingeklagte Summe beläuft sich auf rund 15 Millionen Kronen. Die Kläger behaupten, daß Ivar Kreuger die letzten sechs Monate vor seinem Tode seinem Bruder, dem Generalkonsul, Wertpapiere zu höchst bedeutenden Beträgen überlassen hätte und bestreiten die Rechtsgültigkeit der Transaktionen. Generalkonsul Torsten Kreuger seinerseits bestreitet, daß ihm sein Bruder finanzielle Unterstützung habe zukommen lassen, vielmehr hätte er während der letzten 20 Jahre für seinen Bruder größere Beträge ausgelegt. Die Verhandlungen wurden auf eine Woche vertagt.

Ausklang des Gewerkschaftskongresses

In der im weiteren Verlauf des Kongresses stattgefundenen

Aussprache

erklärte sich **Kallscheid** (Bergarbeiter) für die Verstaatlichung des Bergbaues. Wenn Großbanken und Großindustrie nicht wirtschaften könnten, müßten sie durch eine andere Wirtschaftsordnung abgelöst werden. Den Arbeitern müsse das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben gewahrt werden.

Körner, Köln, vertrat die Auffassung, daß wir zu einer staatlichen und genossenschaftlichen Tarifregelung der Wirtschaft kommen müßten. Eine Rückkehr zu dem freien Spiel der Kräfte sei vollständig unmöglich. Die absolute Autarkie sei ein Unsinn. An einer Neuregelung des Finanz- und Kreditwesens würden wir nicht vorbeikommen. Die Steueranrechnungsscheine bedeuteten eine Kreditausweitung. Eine Inflation werde in Deutschland nicht eintreten, wenn der Staat nicht wolle. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit müsse man etwas wagen.

Fahrenbrach (Textilarbeiter) wandte sich gegen jede überspannte Agrarpolitik der Reichsregierung, da hierdurch die Ausfuhr erschwert werde.

Stähler (Bauarbeiter) verurteilte den Freiwilligen Arbeitsdienst, weil durch ihn das Baugewerbe geschädigt würde.

Behrens (Landarbeiter) steht den Maßnahmen der Regierung mißtrauisch gegenüber. Er fordert die Wiederherstellung des Siedlungsapparates, Schutz des deutschen Forstes gegen übertriebene Holzeinfuhr aus Rußland.

Nach Schluß der Aussprache fand die Beratung der Anträge statt, und es wurden hierzu eine Reihe von

Entschließungen

angenommen, in denen sich der Kongreß der christlichen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit gegen die Notverordnungen der Reichsregierung wendet und sofortige entscheidende Umkehr von dieser einseitig die Arbeiterschaft belastenden Politik des Reiches fordert. Im Zusammenhang damit verurteilt der Kongreß aufs schärfste die Autarkiebestrebungen und lehnt jede Agrarpolitik ab, die den Lebensraum und die Existenzmöglichkeiten der Arbeiterschaft weiter einschränkt. Der Gesamtvorstand wurde beauftragt, ein Protesttelegramm an die Reichsregierung abzusenden, in dem die neuen Einfuhrkontingentierungen zugunsten der Landwirtschaft eindeutig abgelehnt werden. Die weitere Entschließung befaßt sich mit der Entlassung von 52 000 Arbeitern der Reichsbahn. Es kommt darin zum Ausdruck, daß diese harte Maßnahme bei entsprechender Verkürzung der Arbeitszeit der im Betriebs- und Verkehrsdienst stehenden Arbeitnehmer, die jetzt 54 Stunden beträgt, vermeidbar wäre. Weitere Entschließungen fordern, daß die durch die letzten Notverordnungen eingetretene soziale Rückentwicklung durch Einbruch in die Grundlagen der Sozialversicherungsgesetzgebung rückgängig gemacht werden. Die Rechtsgrundlage auf diesem Gebiete solle wieder hergestellt werden. Bezüglich der Steuergesetzgebung verlangt der Kongreß: Wiederherstellung des steuerfreien Existenzminimums, Beseitigung der Bürgersteuer und der Abgabe zur Arbeitslosenversicherung, Rückerstattung zu viel gezahlter Lohnsteuer und Aenderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der an sich gebilligt wird. Der Kongreß widersetzt sich aber den Versuchen, diesen zu untertariflicher Arbeitsleistung zu mißbrauchen. Bei Eintritt normaler Zustände müsse ein schneller Abbau desselben erfolgen. Eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird abgelehnt, weil sie leicht zur Zerschlagung des Lohn- und Arbeitsschutzes führen könne. Neben dem freiwilligen Arbeitsdienst müsse eine möglichst weitgehende fachkundliche Schulung der erwerbslosen Jugend stehen. Lehrlinge müßten nach Vollendung der Ausbildung noch mindestens ein Jahr weiter als Geselle beschäftigt werden. Weiter wird die Reichsregierung ersucht, darauf zu dringen, daß bei den privaten Unternehmungen die hohen Bezüge der Generaldirektoren und sonstigen Verwaltungsmitglieder im Hinblick auf die allgemeine Notlage herabgesetzt werden. Angesichts der schlechten Verhältnisse in den Heimatgebieten der Wanderarbeiter (es handelt sich hier vorzugsweise um Steinarbeiter) werden von der Reichsregierung und den Länderregierungen schnelle Hilfsmaßnahmen verlangt, die Abhilfe schaffen.

Darauf ergriff

Professor Brauer

das Wort zu einem Vortrage. Der Redner führte u. a. aus, daß die Wirtschaftskrise, namentlich im Gefolge des Weltkrieges und der Inflation, die deutsche Sozialversicherung in ihren Leistungen schwächen mußte, das erkennt auch die deutsche Arbeiterschaft an. Der heutige Kampf gegen

die Sozialpolitik

aber bedeutet etwas ganz anderes als das vergebliche Bemühen, den Wiederaufstieg der Wirtschaft durch möglichste Beschränkung der Produktionskosten erleichtern oder gar erst ermöglichen zu wollen. Der vielfach erstrebte Abbruch der Sozialpolitik gefährdet vielmehr die deutsche Wirtschaftskraft, indem er den Produktionsfaktor Arbeit empfindsam schwächt und degradiert. Um den augenblicklich tobenden Kampf nach Art und Bedeutung richtig ermessen zu können, müssen die einzelnen Herde dieses Kampfes bloßgelegt werden. Eine Art Kampffront erwächst aus der seit jeher vorhanden gewesenen materiellen Gegnerschaft gegen die Sozialpolitik. Man will sie nicht. Eine zweite Kampffront erwächst aus der grundsätzlichen Feindschaft gegen die Sozialpolitik und eine dritte ergibt sich aus der nicht bloß in der Wirtschaft, sondern auch in der Wissenschaft vielfach anzutreffenden Ueberordnung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik über die Sozialpolitik. Eine vierte Kampffront tritt uns aus den jüngsten Notverordnungen entgegen. Sie wehrt sich gegen den sogenannten Wohlfahrtsstaat. Im Grunde genommen strebt sie aber nach Wiedereinrichtung des patriarchalisch gedachten „Wohlfahrtsstaates", indem sie die Sozialpolitik zu obrigkeitlicher Fürsorge verfälscht. Der Kampf gegen die Sozialpolitik kann angesichts solcher Gesamtlage nur erfolgreich geführt werden, wenn die Sozialpolitik als gesellschaftsbildende Kraft erkannt wird. Die vor dem Kriege übliche Sozialpolitik war und mußte staatliche Sozialpolitik sein, weil sie nur die Kraft vom Staate hatte. Damit war insgesamt eine Grundlage geschaffen, auf der sich dann wirkliche Sozialpolitik im Sinne eines allmählichen Neuaufbaues der Gesellschaft nach wirklich sozialen Gesichtspunkten vollziehen konnte. Nunmehr beginnt der Versuch, Sozialpolitik als gesellschaftsbildende Kraft tätig und wirksam werden zu lassen. Durch das Arbeitsrecht in weitestem Umfange wird, obwohl es erst in Ansätzen vorliegt, das Volk selber aufgerufen und in die Lage versetzt, die gesellschaftliche Zerklüftung nach bloßen Besitzmomenten dadurch allmählich zu überwinden, daß der einzelne arbeitende Mensch sich als Glied einer geordneten Schicht zu erkennen und zu fühlen beginnt. Das heutige Arbeitsrecht bietet insofern einen Anhaltspunkt für die organische Ueberleitung zum Neuen, als es eine Weiterführung des Tarifvertrages zur Tarifgemeinschaft ermöglicht. Die Tarifgemeinschaft achtet die unvermeidlichen Interessengegensätze und führt auf dem Wege praktischer gewerbepolitischer Betätigung über das Stadium offenen oder verhüllten Faustkampfes hinaus. Durch die Betreuung der Beteiligten mit der Selbstverwaltung wird der Staat aus den Niederungen des wirtschaftlichen Interessenkampfes herausgehoben und seiner Funktion, über den Parteien kraftvoll zu entscheiden, zugeführt. Soweit Sozialpolitik als Sozialversicherung usw. materielle Leistungen zusichert, wird sie durch Uebertragung in die Selbstverwaltung der Berufsstände in die Lage versetzt, daß dieselben voll und ganz den Voraussetzungen der beruflichen Eigenart angepaßt werden können. Außerdem ist der Betrieb der Sozialpolitik in der Selbstverwaltung weniger kostspielig als bürokratische Verwaltung. Die gesellschaftsbildende Kraft der Sozialpolitik wird durch die Uebernahme auch der Sozialversicherung usw. in die Selbstverwaltung der Beteiligten ebenfalls gestärkt, indem der einzelne in Tagen der Not sich durch seine „Berufsgenossenschaft" im wirklichen Sinne des Wortes getragen und gestützt fühlt. Eine wirklich auf das Wohl des Gesamtvolkes bedachte Regierung sollte und müßte die jetzige Zeit mit ihrem Zwang zur Umwälzung auf den verschiedensten Gebieten benutzen, um die Reform der bisherigen Sozialpolitik im aufgezeigten Sinne durchzuführen. Hier bietet sich eine ideale Möglichkeit, die Soziallehren des Christentums in umfassender Form praktisch zu verwirklichen oder doch zumindest ihre Verwirklichung einzuleiten.

Nach dem Vortrag des Professors Brauer ergriff der

Gesamtverbandsvorsitzende Otte (Berlin)

das Wort zur Schlußansprache, in der er sich gegen die in verschiedenen Blättern gegebene Darstellung wandte, als ob die Stellungnahme des Kongresses gegen die Regierung Papen vom parteipolitischen Gesichtspunkte diktiert sei. Wir wenden uns nur gegen einen Kurs, der volksfremd und reaktionär ist. Auch das Ankurbelungsprogramm bekämpfen wir nicht aus parteipolitischen Gründen, wir bekämpfen es, weil es wirtschaftlich voll innerer Widersprüche ist. Der Weg zum Besseren ist nicht leicht und auch nicht kurz. Der Weg ins Freie ist nur zu finden auf einem Kurs, der auf wahrer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit aufgebaut ist. Unsere Parole ist: Höchste Aktivität, heiliger Kampf für Volk und Arbeiterrecht, für einen neuen Volksaufbau. Der Kampf soll sich stützen und seine Kraft schöpfen aus dem ewigen und unvergänglichen Quell der Grundsätze eines lebenswahren und echten Christentums. Wir verbinden unseren Kampf mit dem unbezwingbaren Glauben an die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes, einem Vaterlande, dem unsere heiße Liebe, unsere Treue und unsere Hingabe gehört, einem Vaterland, in dem herrschen sollen, wie es in dem Deutschlandlied heißt, Einigkeit und Recht und Freiheit.

Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften und das deutsche Vaterland sowie mit dem Gesang des Deutschlandliedes fand der Kongreß seinen Ausklang.

Das erlösende Wort: Arbeit

Die Reichsmittel für Instandsetzungsarbeiten

Durch die Notverordnung vom 4. September 1932 sind weitgehende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe, vor allem auch für das Handwerk getroffen worden. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt im Deutschen Reichsanzeiger die näheren Bestimmungen über die Vergebung der Mittel veröffentlicht. Die Kosten der Instandsetzungsarbeiten müssen mindestens 250 RM. betragen. Der Zuschuß beträgt ein Fünftel der Kosten. Eine Rückzahlung wird nicht gefordert. Die Arbeiten dürfen erst nach dem 25. September 1932 begonnen sein.

Zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der sich am 19. und 20. September in der Hauptsache mit der Beteiligung der Reichsbahn am Programm der Reichsregierung beschäftigte, beschloß, über die bisher vorgesehenen Mittel hinaus etwa

180 Mill. RM. für weitere Beschaffungen und Arbeiten

zu verwenden, die der Reichsbahn aus den Gutscheinen für die Beförderungssteuer zufließen. Um diese Mittel schon jetzt flüssig zu machen, ist eine Vorfinanzierung der Steuergutscheine in Aussicht genommen, der der Verwaltungsrat zustimmte.

Darüber hinaus beauftragte der Verwaltungsrat den Generaldirektor, die Verhandlungen über die Beschaffung weiterer Mittel in Höhe von 100 Mill. RM. zur Erhöhung des außerordentlichen Beschaffungsprogramms auf 280 Mill. RM. beschleunigt fortzusetzen.

Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gibt neben der Mehrarbeit bei den Lieferanten allein

bei der Reichsbahn selbst 24 000 Mann Arbeit.

Außerdem können durch Einlegen von Feierschichten bei der Bahnunterhaltung mindestens weitere 6000 Arbeiter in Beschäftigung bleiben.

Die Akkordlöhne

Im Reichsanzeiger erscheint die angekündigte zweite Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Durchführung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit, die durch zwei Ergänzungen die Anwendung dieser Verordnung auf Akkordlöhne regelt. Voraussetzung der Kurzung ist auch hier, daß eine tarifliche Lohnregelung für den Arbeitnehmer besteht. Da praktisch schwer festzustellen wäre, welcher Teil des Akkorddienstes gerade in der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde erarbeitet ist, soll bei der Berechnung des zulässigen Abzuges von einer gleichmäßigen Verteilung des Akkordverdienstes auf die einzelnen Stunden ausgegangen werden. Auch der Anteil des tarifvertraglichen Lohnsatzes am Akkordverdienste ließe sich nur durch umständliche Berechnung feststellen. Deswegen soll vom tatsächlichen Akkordverdienst des einzelnen Arbeiters ausgegangen werden. Die Akkordarbeiter werden im Gesamtdurchschnitt etwa zehn vom Hundert übertariflichen Verdienst haben. Dieser Ueberverdienst soll vom Abzuge frei bleiben.

Der Arbeitgeber hat für die Berechnung zwei Wege, die zum gleichen Ergebnis führen: Er kann entweder zehn vom Hundert des tatsächlich erzielten Akkordverdienstes frei lassen, also den Abzug von 90 v. H. des Verdienstes berechnen, oder er kann die Hundertsätze der in der Hauptverordnung vorgesehenen Unterschreitung um zehn vom Hundert ermäßigen.

Im Zusammenhang damit wird auch eine Klarstellung der Vorschrift vorgenommen, daß in dem Aushang, der die Unterschreitung der Tarifsätze bekanntgibt, die ermäßigten Lohn- und Gehaltssätze anzugeben sind. Es genügt, daß der Arbeitgeber den Hundertsatz angibt, um den die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze oder die Akkordverdienste unterschritten werden sollen.

Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß nach der Absicht der Verordnung der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und Gehälter mit der zugelassenen Abweichung zahlt, damit den Tarifvertrag und den Arbeitsvertrag erfüllt. Aus der Durchführungspflicht der Tarifvertragsparteien folgt also nicht etwa, daß der Arbeitgeberverband den ihm angeschlossenen Arbeitgeber dazu anhalten müßte, trotz der ihm durch die Verordnung verliehenen Berechtigung den vollen Tariflohn zu zahlen. Andererseits würde eine Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragssätze gerichteten Arbeitskampf unterstützt, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstoßen.

Der Tarifstreit im Ruhrbergbau

In Zeitungen wird berichtet, daß Reichsarbeitsminister Schäffer seine Anwesenheit auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf dazu benutzt habe, um in Duisburg Besprechungen mit den Unternehmern und den Arbeitnehmern des Bergbaues zu führen. Der Zweck dieser Besprechungen sollte darin bestanden haben, eine Einigung der Tarifparteien des Ruhrbergbaues außerhalb der amtlichen Schlichtungsverhandlungen, die bekanntlich am 24. September in Essen stattfinden, anzubahnen, um von vornherein ein Eingreifen der Reichsregierung in diesem Streit zu vermeiden.

Hierzu teilt der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands dem RWP.-Dienst mit, daß ihm von diesen Besprechungen nichts bekannt ist und daß ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes an derartigen Verhandlungen nicht teilgenommen hat.

Vier Verzweifelte

Aus Gauting bei München, 21. September, wird berichtet: Der 61 Jahre alte Oberregierungsrat Dr. Jucht hat sich heute erschossen. Gleichzeitig vergifteten sich durch Gas seine beiden Schwestern, die 71 Jahre alte Frau Luck und die 66jährige Frau Ling, sowie deren 42 Jahre alte Tochter Else Ling. Wirtschaftliche Sorgen sollen den Anlaß zu der Familientragödie gebildet haben. Die vier aus dem Leben Geschiedenen bewohnten eine der schönsten Villen in Gauting.

Innenpolitisches

Reichsbank-Diskont 4 Prozent

Die Reichsbank setzt mit Wirkung am 22. September den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent und den Lombardsatz von 6 auf 5 Prozent herab.

Dazu teilt die Reichsbank mit, daß sie sich nach Beseitigung des bisherigen gesetzlichen Hindernisses zu der Zinssenkung um so eher entschließen konnte, als seit der letzten Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes der Status der Reichsbank eine weitere Erleichterung erfahren hat, die Verflüssigung an den deutschen Geldmärkten fortgeschritten ist und auch an den früheren Plätzen des Auslandes neue erhebliche Ermäßigungen der offiziellen Raten erfolgt sind.

*

Aus Berlin, 21. Sept., wird berichtet: Der Privatdiskont ist um 1/8% auf 3 7/8% in der Mitte ermäßigt worden.

Der preuß. Innenminister fordert von Berlin Verwaltungsreform

Der Oberbürgermeister hat vom preußischen Minister des Innern zwei Erlasse erhalten, in denen es heißt:

1. Wie ich aus der Presse ersehe, erörtern die zuständigen Organe der Stadt Berlin die Frage der Neuabgrenzung der Verwaltungsbezirke. Auch ich halte zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der Stadt Berlin die alsbaldige Verminderung der Zahl der Verwaltungsbezirke in der Stadt Berlin für dringend erforderlich. Daher werde ich, falls die Selbstverwaltungsorgane der Stadt Berlin nicht in kurzer Zeit zu einem brauchbaren Ergebnis kommen, dem Staatsministerium vorschlagen, diese Aufgabe durch eine auf die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. August 1931 gestützte Verordnung zu lösen. Aber auch bei dieser Art der Lösung sollen nach meiner Absicht in erster Linie die Selbstverwaltungsorgane der Stadt Berlin die Entscheidung treffen. Wenn der Magistrat wider Erwarten innerhalb einer in der Verordnung zu setzenden Frist die Zahl der Bezirke nicht herabsetzt, so wird die Festsetzung der Anzahl der Verwaltungsbezirke dem Oberbürgermeister übertragen werden. Ich ersuche daher ergebenst, mir bis zum 15. Oktober zu berichten, ob hierüber ein Gemeindebeschluß unter Zustimmung der beteiligten Bezirksversammlungen gefaßt worden ist.

2. Zugleich mit einer Verordnung über die Neuabgrenzung der Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin bin ich bereit, zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin Aenderungen in der Verfassung der Berliner Verwaltungsbezirke vorzunehmen. Dabei denke ich in erster Linie an die Einführung einer der süddeutschen Stadtratsverfassung ähnlichen Verfassungsreform in den Verwaltungsbezirken, wie sie in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin vorgesehen war. Ich bitte, mir über die Stellungnahme und Vorschläge der städtischen Körperschaften zu berichten

Der Christlich-Soziale Volksdienst für Hindenburgkurs

Eine Mitarbeiter-Tagung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, auf der Professor Dr. Strathmann-Erlangen über das Thema „Reichsführung und Reichsverfassung" sprach, faßte in Nürnberg nachstehende Entschließung:

„In dem Kampf zwischen machtgierigem Parteitum und einer allein durch die Sachziele vaterländischer Politik geleiteten autoritären Staatsführung gehört der Volksdienst auf die Seite der letzteren. Er hat diese Haltung seit seinem ersten Auftreten im Reichstag im Jahre 1930 eingenommen. Sie auch dem gegenwärtigen Kurs Hindenburgs gegenüber beizubehalten, wird ihm dadurch erleichtert, daß dieser die Bindungen an das Parteitum völlig aufgegeben, die Parteiwirtschaft in Preußen beseitigt, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit großzügigen neuen Plänen aufgenommen und die kulturauflösenden Strömungen abzuwehren begonnen hat. Auch begrüßen wir die entschiedene Haltung in der Abrüstungsfrage. Das alles bedeute keineswegs, daß der Volksdienst alle Maßregeln der zurzeit amtierenden Regierung billigt. Insonderheit ist die Härte der sozialen Abbaumaßnahmen nicht erträglich. Da aber mit der Parteiherrschaft notorisch nichts auszurichten ist, so kann der Volksdienst es nur als seine Aufgabe ansehen, sich gewiß kritisch, aber positiv mitarbeitend zu einer von Hindenburg berufenen autoritären Regierung zu stellen. Dies insonderheit auch darum, weil die politischen Belange des evangelischen Deutschtums so viel eher zur Geltung gebracht werden können als bei einer Parteiregierung, wie sie vom Zentrum und von der Nationalsozialisten angestrebt wird."

Der „Angriff"-Prozeß

Am gestrigen Verhandlungstage des Prozesses gegen die „Angriff"-Redakteure Dr. Lippert und Krause wegen Beleidigung und Vrleumdung des früheren Polizeipräsidenten Grzesinski und des ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß wurde in Fortsetzung der Beweisaufnahme zunächst der jetzige Leiter des Spieldezernates, Kriminalpolizeirat Böse, als Zeuge gehört. Weiter wurden als Zeugen vernommen Oberregierungsrat Dr. Kopp und Polizeirat Krüger. Der Vorsitzende gab noch ein Telegramm des als Zeugen geladenen Staatssekretärs Dr. Weismann aus Locarno bekannt, in dem dieser mitteilt, daß er aus Gesundheitsrücksichten nicht in Berlin erscheinen könne. Die Verhandlung wurde hierauf auf Freitag vertagt. An diesem Tage wird die Beweisaufnahme geschlossen werden.

Deutsch-belgisches Kohlenabkommen noch nicht perfekt

Wie die Korrespondenz „Industrie und Handel" von zuständiger Seite erfährt, sind die Verhandlungen über ein Inkraftsetzen des neuen deutsch-belgischen Kohlenabkommens noch nicht soweit gediehen, daß mit dem beabsichtigten Inkrafttreten am 1. 10. gerechnet werden kann.

Das Kontingentabkommen, das eine Herabsetzung der deutschen Kohleneinfuhrquote nach Belgien vorsieht und das zunächst eine Laufzeit von 4 Monaten haben soll, ist vielmehr noch von der Einigung über andere Punkte abhängig, zu denen von belgischer Seite Vorschläge erwartet werden. Die deutsche Regierung hat ihre endgültige Zustimmung zu der Herabsetzung der Kontingente davon abhängig gemacht, daß von Belgien entweder verschiedene deutsche Zollbindungen freigegeben werden oder daß von belgischer Seite zusätzliche Aufträge an die deutsche kohleverbrauchende Industrie erteilt werden, die man als eine Art Entschädigung für den ausfallenden Kohlenexport ansehen könnte. Ueber diese Auftragserteilungen sind jedoch noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt worden.

Die in der letzten Zeit in Zeitungen erschienenen Nachrichten über Aufträge in Eisenbahnmaterial, Motoren, Leichtmetallen usw. beruhten, so berichtet das Wolffbüro, lediglich auf Gerüchten. An sich war vereinbart worden, daß die belgische Regierung der deutschen bis zum 15. September ihre Vorschläge bekanntgeben sollte. Man hat sich jedoch in Brüssel offenbar noch nicht entschließen können, welche Vorschläge gemacht werden sollen. Es scheint vielmehr, daß die belgische Regierung jetzt daran denkt, anstelle der Auftragsvergebung an die deutsche Industrie den Vorschlägen einer Freigabe von Zollbindungen näher zu treten. Jedenfalls sind die Dinge bis heute noch unentschieden, sodaß über das Inkrafttreten des neuen Kohlenabkommens ab 1. Oktober noch nichts gesagt werden kann. Vorgesehen ist schließlich auch die Möglichkeit, daß man das alte Kohlenabkommen noch für einen weiteren Monat in Kraft läßt, falls über die erwähnten Punkte noch keine Einigung erzielt werden sollte.

Der Schweriner Polizeikonflikt vor dem Stadtparlament

Der Konflikt zwischen der mecklenburgischen Regierung und dem Rat der Stadt Schwerin wegen der Anordnung der Regierung, die städtische blaue Polizei dem Kommando der Ordnungspolizei zu unterstellen, beschäftigte in mehrstündiger Debatte die Stadtverordnetensitzung.

Der Polizeidezernent begründete eingehend die Weigerung des Rates der Stadt, der von ihm für ungesetzlich gehaltenen Anordnung der Regierung Folge zu leisten. Wiederholte Besprechungen im Ministerium hätten zu keiner Einigung geführt. Eine zweimalige Aufforderung des Polizeikommandeurs, die städtischen Polizeibeamten ins Arsenal, das Kommandogebäude der Ordnungspolizei, zur Vorstellung zu schicken, habe er — der Polizeidezernent — abgelehnt. Er habe sich lediglich damit einverstanden erklärt, daß die blaue Polizei die Wache am Markt räume und diese von der Ordnungspolizei besetzt werde, um zu vermeiden, daß die eine Polizei von der anderen hinausgeworfen werde.

Schließlich nahm die Stadtverordnetenversammlung bei Stimmenthaltung der Bürgerlichen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und gegen die Stimmen der Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Antrag an, in dem es heißt, die Stadtverordnetenversammlung sei der Auffassung, daß das Vorgehen der Staatsregierung ungesetzlich sei und daß die Polizeihoheit in vollem Umfange wiederhergestellt werden müsse.

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen

Aus Friedrichshafen, 21. Sept., wird berichtet: Nach einer Rekordfahrt von 67½ Stunden ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" von seiner Südamerikafahrt um 21.30 Uhr glatt in Friedrichshafen gelandet. An Bord befanden sich zehn Passagiere. Die Führung des Luftschiffes hatte Kapitän Lehmann.

Der kritische Punkt in Genf

Hendersons Ansprache im Büro der Abrüstungskonferenz

Präsident Henderson eröffnete die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärte, die Abrüstungskonferenz sei jetzt an ihrem kritischsten Punkt angelangt, es handele sich jetzt darum, ob man zu einer wirksamen und ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen oder zu einem neuen Rüstungswettlauf gelange. Hauptaufgabe des Büros sei die Vorbereitung des zweiten Tagungsabschnittes der Konferenz, der, wie er bestimmt hoffe, eine Reihe konkreter Abrüstungsmaßnahmen zeitigen werde.

Die Rede Hendersons wurde von der Versammlung schweigend entgegengenommen.

Sodann legte der Präsident das Schreiben des deutschen Außenministers vom 14. September und die Antwort des Konferenzpräsidenten vor. Beide Schreiben wurden im Wortlaut verlesen. Mit dem Vorschlage Hendersons, über die Mitteilung der deutschen Regierung vorläufig in keine Diskussion einzutreten für den Fall, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, auf seinen Brief zu antworten, erklärte sich das Büro einverstanden.

Die Debatte

In der Nachmittagssitzung des **Büros der Abrüstungskonferenz** wandte sich die Diskussion der Durchführung der Entschließungen des Hauptausschusses der Konferenz vom 23. Juli zu.

Der russische Volkskommissar Litwinow erklärte, man habe die Atmosphäre des Pessimismus und der Enttäuschung, die die erste Konferenzperiode gekennzeichnet habe, noch nicht vergessen. Auch Henderson habe zugeben müssen, daß die bisherigen Ergebnisse der Konferenz recht spärlich seien. Man müsse jetzt endlich zu konkreten und wirksamen Maßnahmen, besonders auf dem Gebiete der quantitativen Abrüstung, kommen. Die qualitative Abrüstung, mit der sich die Konferenz bis jetzt ausschließlich beschäftigt habe, genüge allein nicht. Der russische Delegierte betonte, daß alle Konferenzteilnehmer die Abwesenheit Deutschlands bedauern müßten. Die baldige Rückkehr Deutschlands zur Konferenz sei wünschenswert. Wenn das Büro im Laufe seiner jetzigen Beratung dem Hauptausschuß der Konferenz wirklich konkrete Maßnahmen für eine durchgreifende Abrüstung vorschlagen könne, so bestünde gewiß Aussicht, daß Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückkehre. Das verschwundene Vertrauen werde nicht wiederkommen, wenn man sich nur mit geringfügigeren Dingen beschäftige und immer wieder neue Komitees einsetze. Man müsse sich jetzt endlich auf große Fragen konzentrieren.

Die weitere Debatte trug einen rein technischen Charakter. Es zeigte sich, daß unter den Mitgliedern des Büros ziemlich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg bestehen.

Der französische Kriegsminister Paul-Boncour warnte vor einer Zurückverweisung der verschiedenen Fragen an die technischen Komitees. Es habe sich gezeigt, daß eine Einigung zwischen technischen Sachverständigen nur sehr schwer zu erreichen sei. In einem politischen Gremium, wie es das Büro der Konferenz darstelle, sei dies eher möglich.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

*

Hoovers Appell

Aus Washington, 21. Sept., meldet das Wolffbüro: Die gestrige Erklärung Hoovers zur deutschen Rüstungsfrage hat in der amerikanischen Oeffentlichkeit außergewöhnliches Interesse hervorgerufen.

Obwohl die Erklärung des Präsidenten lediglich an die breite Oeffentlichkeit gerichtet und nicht von einer diplomatischen Aktion — sei es hier oder durch die amerikanische Botschaft in Berlin — begleitet war, obwohl man daher also von einem formellen Appell an die Reichsregierung nicht sprechen kann, so wird doch in der amerikanischen Presse die mit dramatischer Plötzlichkeit erfolgte Kundgebung Hoovers als eine „Appell an Deutschland" bezeichnet. In den Zeitungen wird überwiegend betont, Hoover habe Deutschland darüber beruhigen wollen, daß die von Paris ausgehenden Gerüchte über eine französisch-amerikanische Einheitsfront gegen Deutschlands Standpunkt in der Rüstungsfrage vollkommen unbegründet seien, daß Amerika vielmehr an dem Entwaffnungsdiktat des Versailler Vertrages keineswegs interessiert sei.

Es wird ferner hervorgehoben, daß Hoover, dem seit Regierungsantritt die Förderung der Weltabrüstung das höchste und innigst erwünschte Ziel seiner Außenpolitik sei, Deutschland zur weiteren Mitarbeit brauche, in der festen und von ganz Amerika geteilten Ueberzeugung, daß weder der Weltfriede noch Deutschlands eigenste Interessen gefördert werden könnten, wenn Deutschland sich von den Verhandlungen fernhalte.

Italien fordert Arbeitszeitverkürzung Deutschland stimmt zu

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in Genf zu einer zweitägigen Sondersitzung zusammengetreten, um zu dem Antrag der italienischen Regierung über die Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie auf dem Wege internationaler Vereinbarungen Stellung zu nehmen.

Der italienische Vertreter Senator de Michelis machte den Vorschlag, daß Ende dieses Jahres in Genf eine technische Vorkonferenz zur Prüfung der Frage stattfinde. Nach Ansicht der italienischen Regierung dürfe mit der Herabsetzung der Arbeitszeit eine Kürzung des Einkommens der Arbeiter nicht verbunden werden. Der französische Regierungsvertreter stimmte dem Antrag zu, ebenso der deutsche Regierungsvertreter, Staatssekretär Dr. Grieser, der erklärte, die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß in der jetzigen Zeit der Depression die Arbeitszeitverkürzung ein geeignetes Mittel sei um Arbeit zu schaffen. Der italienische Vorschlag stünde mit den wirtschaftspolitischen Gedankengängen der deutschen Regierung im Einklang, deren jüngstes Programm darauf hinausging, aus arbeitslosen Unterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen. Die italienische Regierung habe mit ihrem Antrag einen Mut bekannt, für den man ihr Anerkennung schuldig sei.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprachen sich die Arbeitnehmer geschlossen für den italienischen Vorschlag aus. Die Arbeitgeber gaben eine vorsichtige Erklärung ab, in der eine weitere Prüfung der Frage verlangt wird.

Eine gesonderte Erklärung gab der italienische Arbeitgebervertreter ab, der dem Antrage seiner Regierung zustimmte.

Botschafter Edge nach Washington beordert

Aus Washington, 21. Sept., wird gemeldet: Staatssekretär Stimson hat heute mitgeteilt, daß er den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, nach Washington beordert habe. Dieser Schritt sei in Verbindung mit den französisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen, keineswegs jedoch zwecks Diskussion der Kriegsschuldenfrage erfolgt.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen am 15. September rund 5 261 000, lag also nicht wesentlich über der Zahl vom 31. August. In einzelnen wichtigen Berufsgruppen fand eine Entlastung, in anderen eine Neubelastung des Arbeitsmarktes statt, überwiegend aus jahreszeitlichen Ursachen.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August), in der Krisenfürsorge rund 1 280 000 (gegn 1 295 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut.

Die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die mit Notstandsarbeiten beschäftigt waren, belief sich Ende August schätzungsweise auf 65 000 Personen. Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende August rd. 144 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen kann für Mitte September noch nicht geschätzt werden. Für Ende August steht sie nunmehr mit 2 030 000 fest.

Das Parlament der deutschen Postbeamten

Der 21. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten nahm im Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrates zu Berlin seinen Anfang. Die rund 150 000 Beamten vor allem des unteren und mittleren Dienstes bei der Deutschen Reichspost, die Mitglieder des Reichsverbandes sind, werden durch über 160 Delegierte auf der Tagung vertreten, die am Freitag ihren Abschluß finden soll.

In seiner Eröffnungsansprache wies der Verhandlungsvorsitzende Kugler darauf hin, daß der Reichsverband auch der internationalen Organisation der Post- und Telegraphenbeamten angehöre.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flügel, überbrachte der Tagung die Grüße der Spitzenorganisation.

Der ehemalige britische Henker tötet sich

Aus London wird berichtet: Der ehemalige Henker John Ellis hat in Rochdale Selbstmord begangen, indem er sich die Kehle mit einem Rasiermesser durchschnitt. Er hatte bereits vor acht Jahren einen Selbstmordversuch unternommen. Ellis hat während seiner Amtstätigkeit von 1901 bis 1924 insgesamt 204 zum Tode Verurteilte gehängt. Unter ihnen befanden sich außer bekannten Verbrechern auch der während des Krieges zum Tode verurteilte irische Nationalist Sir Roger Casement und mehrere Teilnehmer an dem irischen Aufstand.

„Panzerautos" werden übergesetzt



Ein Bild von den Herbstmanövern der Reichswehr bei Frankfurt an der Oder, das das Übersetzen eines „Panzerautos" auf einer mit einem Hilfsmotor ausgerüsteten Pontonfähre über die Oder zeigt. Natürlich handelt es sich auch hier wieder nicht etwa um ein richtiges Panzerauto, sondern nur um eine Attrappe, denn das Versailler Diktat verbietet uns ja bekanntlich sogar diese Verteidigungswaffe

Sondergerichtsurteile

Das Krefelder Sondergericht

hat zum erstenmal getagt. Ein jüngerer Angeklagter wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in der Nacht zum 26. August d. J. auf dem Rheindamm bei Uerdingen einen Nationalsozialisten mit einem Messer eine zwei Zentimeter tiefe Fleischwunde beigebracht.

In der zweiten Verhandlung wurde ein Bauarbeiter aus Mörs zu drei Jahren einem Monat Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Dieser Angeklagte war auf einem Arbeitersportplatz gewesen, in dessen Nähe sich einige SA.-Leute trafen. Der Angeklagte hatte auf diese mehrere Schüsse abgegeben und fünf zum Teil erheblich verletzt.

In Ratibor

stand der Bürstenmacher Hannich aus Katscher vor dem Sondergericht. Hannich wurde zur Last gelegt, nach einer Veranstaltung Katschener SA. unterwegs dem Kraftwagenführer Baumann nach einem Wortwechsel einen schweren Bauchschuß beigebracht zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt hatte. Deshalb wurde er lediglich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ferner standen wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung aus politischen Gründen der Bäckergeselle Rudzki und die Kraftwagenführer Hehlmann und Rohrbach vor dem Gericht. Nach einem Tanzvergnügen gab es eine Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, wobei die Angeklagten gemeinsam den Kraftwagenführer Kusch mit Biergläsern und Stuhlbeinen schlugen, so daß er lange in ärztlicher Behandlung bleiben mußte. Das Urteil lautete für jeden der drei Angeklagten auf ein Jahr zwei Monate Zuchthaus.

Neue Verurteilungen in Beuthen

Das Beuthener Sondergericht verhandelte gegen sieben Kommunisten aus Miechowitz, bei denen in den Tagen vor der letzten Reichstagswahl gelegentlich einer Haussuchung eine größere Anzahl von Waffen sowie Dynamitpatronen, Sprengkörper und fertiggestellter Behältnisse zur Anfertigung von Bomben gefunden worden waren. Der Hauptangeklagte, der aus Oesterreich stammende Grubenarbeiter Jakob Meier, wurde zu fünf Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten, gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren abgetrennt.

Zwischenfall im Untersuchungsausschuß des Braunschweigischen Landtages

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Braunschweigischen Landtages wegen der Hergabe staatlicher Gelder zum Wohnungsbau während der Regierungszeit des früheren Finanzministers Dr. Jasper kam es zu einem sensationellen Zwischenfall.

Der Bauunternehmer Weiß, der als Zeuge über die Zahlung einer Kommission in Höhe von 20 000 RM. vernommen werden sollte, verweigerte unter Berufung auf das Strafgesetzbuch die Aussage.

Als Weiß nach längerer Beratung des Ausschusses nochmals unter Strafandrohung zur Aussage aufgefordert wurde, diese aber wiederum verweigerte, wurde wegen grundloser Aussageverweigerung seine sofortige Verhaftung angeordnet und außerdem eine Geldstrafe von 100 RM. gegen ihn verhängt. Weiß wurde darauf von einem Kriminalbeamten abgeführt.

Nach der Vernehmung eines anderen Zeugen erklärte sich der Verhaftete später bereit, seine Aussage zu machen. Der Haftbefehl gegen ihn wurde wieder aufgehoben.

Hindukongreß über die Wahlkörperschaften

Das Wolffbüro berichtet aus Bombay, 21. Sept.: Die Konferenz der Kastenhindus und der Führer der unterdrückten Klassen, der sogenannten Unberührbaren, trat gestern unter dem Vorsitz von Pandit Malaviya wiederum zusammen. Der Führer der Abordnung, die Gandhi besucht hatte, erstattete einen Bericht, demzufolge Gandhi nach wie vor unbedingt gegen gesonderte Wahlkörperschaften für die Unberührbaren sei. Gemeinschaftliche Wahlkörper mit besonderen Sitzen für die Unberührbaren billige er nicht. Er werde sich aber, falls die Konferenz sich darauf einige, damit abfinden. Ein Unterausschuß arbeitete darauf einen entsprechenden Entwurf aus, der von zwei Mitgliedern der Konferenz heute Gandhi unterbreitet werden soll. Die Einrichtung gesonderter Wahlkörperschaften für die Unberührbaren war von der britischen Regierung beschlossen worden, nachdem die Konferenz am Runden Tisch in dieser Frage keine Einigung erzielen konnte. Doch war damals britischerseits ausdrücklich bemerkt worden, wenn sich die Vertreter der orthodoxen Hindus und der Unberührbaren auf ein anderes System einigten, werde die britische Regierung damit einverstanden sein.

Festgenommene Räuber

Durch die Aufmerksamkeit einer Zimmervermieterin in Köln, der es verdächtig vorkam, daß sich zwei bei ihr wohnende Paare weigerten, den polizeilichen Anmeldevorschriften nachzukommen, wurde die Polizei in die Lage versetzt, Dienstag abend zwei von Hamburg aus gesuchte berüchtigte Autoräuber festzunehmen, die auch in Berlin, München und Köln „gearbeitet" hatten. Die Begleiterinnen der beiden Männer wurden später gleichfalls festgenommen.

Wie die Polizei mitteilt, handelt es sich bei den Festgenommenen um den 25jährigen Joachim Ueberrhein aus Rostock und den 22jährigen Martin Meyndt aus Berlin. Sie gehören einer Autodiebesbande an, die in Berlin, Hamburg, München, Köln und anderen Städten Kraftwagen stahl und nach Fälschung der Kennzeichen und Motornummern veräußerte. Ob die Festgenommenen mit dem Berliner Bankraub in Verbindung zu bringen sind, wird noch geprüft. Nach der Festnahme des Ueberrhein und Meyndt in ihrem Quartier erschienen in ihrer Wohnung ein Mann und eine Frau, die das Gepäck der Festgenommenen in Sicherheit bringen wollten; sie wurden ebenfalls festgenommen. Nach einem inzwischen eingegangenen Funkspruch bei der Kriminalpolizei in Hamburg sind in Frankfurt a. M. drei weitere Personen festgenommen worden, die mit den in Köln in Haft Befindlichen in Verbindung stehen.

Großbetrüger unter sich

Aus Wien wird berichtet: Vor einiger Zeit hatte ein Bankier in Amsterdam den 47jährigen Landwirt Rudolf Benedikt Oehler zu Questenberg kennen gelernt. Der Bankier hatte Oehler Aktien deutscher Industrie-Unternehmungen im Gesamtwert von ungefähr 255 000 RM. zum Verkauf übergeben. Oehler flüchtete damit Anfang September nach Wien. Hier lud er den Amsterdamer Bankier ein, ebenfalls nach Wien zu kommen, was dieser auch tat, um endlich zu seinem Geld zu kommen. Oehler wollte nun von dem Bankier einen Betrag von 85 000 Mark erpressen, widrigenfalls er ihm die Aktien nicht zurückgeben, sondern gegen ihn in Deutschland Anzeige wegen Uebertretung der Devisenvorschriften erstatten werde. Bei einer letzten Zusammenkunft gab nun tatsächlich der Bankier Oehler die verlangten 85 000 Mark. In diesem Augenblick traten jedoch Beamte der Wirtschaftspolizei auf den Plan und verhafteten Oehler, der sich vielfach auch als Geheimrat ausgegeben hatte. Oehler hat seiner Zeit in Berlin gegen Bezahlung Bewerbern den Doktortitel verschafft. Wegen Erpressung und Veruntreuung wurde er ins Landesgericht eingeliefert.

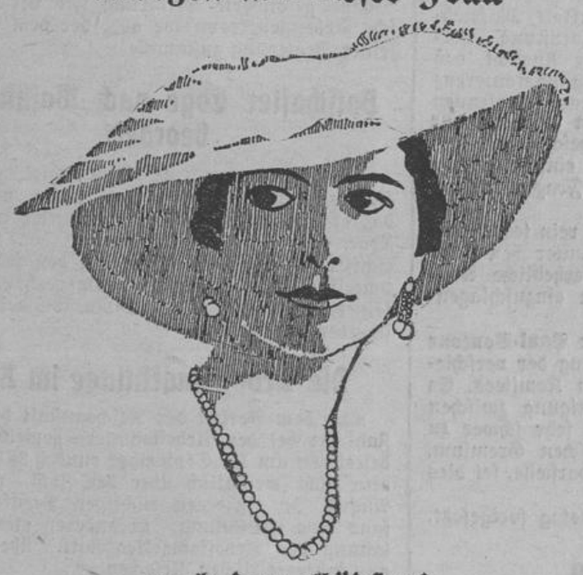
Rücktritt der ungarischen Regierung

Aus Budapest wird gemeldet: Die Regierung Karolyi hat mit Rücksicht auf die gegenwärtige innerpolitische Lage einstimmig beschlossen, zu demissionieren. Der Reichsverweser hat die Demission angenommen und die Regierung mit der provisorischen Leitung der Geschäfte betraut.

Die liberalen britischen Minister und die Regierung

Aus North Cardingan wird berichtet: Der Unterstaatssekretär für das Bergwesen, Foot, erklärte in einer Rede, indem er auf die Stellung der liberalen Minister im Kabinett anspielte, diese hätten erkannt, daß die Vorschläge der Konferenz von Ottawa den dauernden Interessen der Nation zuwiderliefen, und sie würden sie bekämpfen. Sie beabsichtigten jedoch, die Regierung in ihren Bemühungen zu unterstützen, die großen Schwierigkeiten auf dem nationalen und internationalen Gebiet zu überwinden.

Morgen mit dieser Frau



nach der Südsee!

Vorheriger Aufenthalt in Indien.

*

Sie reisen mit, wenn Sie lesen:



4 K. 138/31.

Am **28. September 1932, 10.45 Uhr,** sollen an der Gerichtsstelle, Gerichtsstr. 9, Zimmer Nr. 17, **die im Grundbuche von Burscheid Band 45 Blatt Nr. 2006** (Eigentümer: 1. Grete Koppenberg, 2. Hilde Koppenberg, z. Zt. minderjährig, 3. Wilhelm Koppenberg, z. Zt. minderjährig, alle in Kleinhamberg, Gemeinde Lützenkirchen, je zu 1/3) eingetragenen Grundstücke: Gemarkung Burscheid, Flur 15, Parz. Nr. 37, Kleinhamberg, Garten, groß 3,99 Ar mit 0,53 Taler Reinertrag,

Parz. Nr. 930/73, daselbst, Wiese, groß 5,13 Ar mit 0,70 Taler Reinertrag,

Parz. Nr. 933/75, Kleinhamberg Nr. K. 10, Hofraum, groß 0,99 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 1537, mit 210 Mark Nutzungswert,

Parz. Nr. 822/78, Kleinhamberg Nr. K. 10, Bebauter Hofraum, Hausgarten, groß 8,53 Ar, Gebäudesteuerrolle Nr. 1537, mit 210 Mark Nutzungswert,

Parz. Nr. 80, Kleinhamberg, Wiese, groß 1,09 Ar mit 0,15 Taler Reinertrag,

Parz. Nr. 81, daselbst, Wiese, groß 1,15 Ar mit 0,16 Taler Reinertrag,

Parz. Nr. 82, daselbst, Wiese, groß 12,14 Ar mit 1,66 Taler Reinertrag,

Parz. Nr. 851/83, daselbst, Holzung, groß 0,89 Ar mit 0,02 Taler Reinertrag,

Parz. Nr. 855/33. 108, daselbst, Acker, groß 8,94 Ar mit 0,95 Taler Reinertrag, groß 13,34 Ar mit 0,94 Taler Reinertrag,

öffentlich zwangsweise versteigert werden.

Amtsgericht Opladen.



Lichtspielhaus Hilgen

Freitag 3.15 Uhr, 5.30 Uhr und 8 Uhr
Sonderaufführung des großen historischen Filmwerkes

„Andreas Hofer"

(Der Freiheitskampf des Tiroler Volkes)
Darst.: **Carl de Vogt, Maly Delschaft**
Grit Haid, Oskar Marion, Fritz Greiner.
Dazu das lustige Beiprogramm, u. a.

„Charlie Chaplin"

Eintrittspreise:
Erwachsene 50 und 70 Pfg., Erwerbslose 30 Pfg.
Kinder und Schüler 20 Pfg.

Filmbühne Köln.

Drucksachen

zu billigsten Preisen liefert die Buchdruckerei d. Zeitung

Personal-Anzeiger des „Daheim"

Unsere Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim". Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote . . jetzt nur 90 Rpf.
Stellen-Gesuche . . . . jetzt nur 67 Rpf.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 RM. für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Geschäftsstelle des „Bergischen Volksboten"

. . . Reklame, die alles treibende Kraft

Bei genügender Beteiligung fährt Samstag u. Sonntag mein Omnibus nach Köln zur

Besichtigung des Flugschiffes Do X

Fahrpreis pro Person 1.20 RM.

Oskar Kämper
Burscheid, Fernsprecher 445.

Bestellungen
auf
Weiß- und Rotkohl
sowie auf
Einkeller-Kartoffeln
(Industrie und Nieren)
nimmt von heute an entgegen
Oskar Kämper
Burscheid, Fernsprecher 445.

Bin unter

Nr. 232

an das hiesige Fernsprechnetz angeschlossen.

Karl Thelen
Burscheid.

Für Winterbedarf!

Nehme Aufträge entgegen zur Lieferung von

Industrie-Speise-Kartoffeln
zum
Einkellern

Wilhelm Haas
Burscheid, Fernspr. 595.

Schöne geräumige

2 Zimmer-Wohnung

mit Keller und Garten in Dierath, nach der Straße gelegen, an kinderloses Ehepaar auf Mitte Oktober oder 1. November billig zu vermieten.

Louis Göddertz, Dierath.

Wohnung

von 2 bis 3 Zimmern von kinderlosem Ehepaar zu mieten gesucht.

Offerten unter **H. G.** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 223 2. Blatt Donnerstag, 22. September 1932

Neuer Mut!

Seit drei bitteren Krisenjahren warten die Menschen sehnsüchtig auf die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung. Jetzt endlich scheint sich ein wirtschaftlicher Aufschwung vorzubereiten, jedenfalls kommen aus allen Teilen der Welt zuversichtliche Berichte: es werden mehr Rohstoffe gekauft, die Preise auf den Rohstoffmärkten (Metalle, Kautschuk u. a.) sind gestiegen, die Unternehmungslust nimmt offenbar zu, und so ließe sich noch manches aus der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Wochen anführen, was erfahrungsgemäß als Zeichen der Krisenüberwindung anzusehen ist.

Einige der in anderen Ländern erschienenen Vorboten einer Konjunkturbelebung haben sich auch in Deutschland eingestellt. Besonders bemerkenswert ist es, daß die Einzahlungen bei den öffentlichen Sparkassen seit einiger Zeit erheblich gestiegen sind. Wenn man bedenkt, wie eng die Sparkassen mit der Bevölkerung verbunden sind, — durchschnittlich hat fast jeder dritte Deutsche ein Sparbuch — so kann man aus der Entwicklung der Einzahlungen mit Recht schließen, daß neue Zuversicht in unserm Volk vorhanden ist.

Beginn, Ausmaß und Tempo einer starken wirtschaftlichen Besserung in Deutschland hängen besonders auch davon ab, in welchem Umfang Geldmittel zur Verfügung stehen. Sie sind zum Kauf neuer Rohstoffe, Werkzeuge etc., zur Bezahlung der Löhne von neu eingestellten Arbeitern und Angestellten, zur Erteilung neuer Aufträge, mit anderen Worten, zur Finanzierung eines Wirtschaftsaufschwungs unbedingt notwendig. Wenn nunmehr die vielen hundert Millionen Hamstergelder, die bisher unnötig zurückbehalten wurden, wieder dorthin zurückfinden, wo sie hingehören, nämlich zu den Sparinstituten, dann können diese leichter Kredite gewähren und so die Ueberwindung der Wirtschaftskrise beschleunigen und erleichtern.

Zu den Viehdiebstählen im Bergischen

Wie kürzlich gemeldet, hat die Polizei nach langen Bemühungen endlich die Viehdiebstähle im Bergischen zu einem Teil wenigstens aufgeklärt und einen Teil der Bande unschädlich machen können. Man kam hinter die Gesellschaft, als sie gelegentlich eines Weidediebstahls bei Dabringhausen nicht die gewöhnliche Vorsicht hatte walten lassen. Vielleicht hatte ihnen der Regen irgendwie einen Streich gespielt, der die Polizei von Wermelskirchen auf ihre Spur führte. Es gelang diese nach Blecher—Altenberg zu verfolgen und hier eine Verladung des Viehs festzustellen. Von hier war es nicht schwer, den Weg der Täter in Richtung Köln zu verfolgen. Zum Erstaunen der Beamten stellte man in Köln-Mülheim als Führer der Bande einen Viehhändler fest, der mit seiner „bargeldlos" erstandenen Ware einen schwunghaften Handel trieb. Man setzte ihn sicher, und gleichzeitig nahm man den Fahrer fest, der die Viehtransporte geführt hatte; er wurde nach seiner Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Mittlerweile hat man auch weitere „Teilhaber" festgenommen und verhört, und es ist damit zu rechnen, daß bei der großen Ausdehnung des Tätigkeitsfeldes der Spitzbuben noch weitere Verhaftungen erfolgen werden, da man wohl nicht mit Unrecht bei der reichen Beute der Spitzbuben mit weiteren bisher unbekannten Mittätern rechnet.

In dieser Beziehung legt sich die Polizei selbstverständlich eine gewisse Reserve auf, so daß vorläufig weitere Auskünfte nicht gegeben werden. Jedenfalls steht soviel fest, daß die Spitzbuben ihre „Waren" zum normalen Preise abgesetzt haben, wodurch sie natürlich größere Gewinne erzielten und kein Aufsehen erregten. Ein Teil der Beute konnte an verschiedenen Stellen des Bergischen Landes beschlagnahmt werden. Die endgültige Klarstellung der Sache dürfte nur eine Frage kurzer Zeit sein.

Unveränderte Arbeitsmarktlage

Der rheinische Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte September

Die Dauerarbeitslosigkeit der letzten Jahre erweckt leicht den Eindruck, als ob der Arbeitsmarkt unbewegt, erstarrt sei. Tatsächlich hat aber der „Umschlag" auf dem Arbeitsmarkt, der ständige Wechsel zwischen Arbeitstätigkeit und Beschäftigungslosigkeit in den letzten Jahren stark zugenommen. Mißt man die Gesamtsumme dieser Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt an den jährlichen Zu- und Abgängen der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern, — wobei also das unmittelbare Hinüberwechseln von einem zum anderen Beschäftigungsverhältnis hier unberücksichtigt bleibt — so erhält man für den rheinischen Arbeitsmarkt folgende Zahlen: 1927: 1,8 Mill., 1928: 2,1 Mill., 1929: 2,4 Mill., 1930 und 1931 je 2,6 Mill. Gesamtzu- und abgänge. Da sich aber in diesen Jahren der Arbeitsmarkt dauernd verschlechtert hat, kann nicht steigende Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes Ursache dieser Erscheinung sein. Die Ursache ist vielmehr darin zu suchen, daß die Beschäftigungsverhältnisse von Jahr zu Jahr erheblich kurzfristiger geworden sind. Der dauernde Wechsel zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit ist in der Gesamtheit so erheblich gewesen, daß dadurch trotz daniederliegender Wirtschaft und fehlender Arbeitsstellen eine überaus starke Bewegung in den Arbeitsmarkt hineingekommen ist. Allerdings erstreckt sich diese Fluktuation des Arbeitsmarktes leider nur auf einen Teil der Arbeitskräfte, nämlich durchweg auf die jüngeren und weiblichen Arbeitnehmer, während der Arbeitsmarkt eines anderen großen Teiles der Arbeitnehmerschaft in Dauerarbeitslosigkeit verharrt. Kapitalmangel und Unsicherheit der Wirtschaftsentwicklung gestatten meist kein Auflagerarbeiten, sondern zwingen den Arbeitgeber das Beschäftigungsverhältnis jeweils dem Auftragsbestand anzupassen. Bei Eingang neuer Aufträge werden die benötigten Arbeitskräfte von ihrem früheren Arbeitgeber eben wieder zurückgerufen. Darum handelt es sich meist um dieselben Arbeitnehmer, die den Wechsel zwischen Zeiten der Erwerbslosigkeit und Arbeitstätigkeit vollziehen.

In der ersten Septemberhälfte ist die Zahl der Arbeitsuchenden von 720 000 auf 725 000 wieder leicht gestiegen. Die Arbeitsmarktlage ist durchweg unverändert; eine Besserung ist jedoch in einigen Zweigen der Metallverarbeitung, so in der Dampfkesselindustrie und teilweise im Apparatebau und in der Spiralbohrerbranche eingetreten. Im Fahrzeugbau drohen umfangreiche Entlassungen, wenn nicht in Kürze größere Reichsbahnaufträge eingehen. In der Textilindustrie sind Seiden- und Strick- und Wirkwarenindustrien z. Zt. voll beschäftigt. Aus einigen Arbeitsamtsbezirken wird berichtet, daß sich verschiedene Firmen bereits auf eine zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften auf der Grundlage der Regierungsverordnung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit einrichten. Den Arbeitsämtern sind hierfür z. T. schon umfangreiche Vermittlungsaufträge erteilt worden.

Das ist die Bürgersteuer

Im Reichsgesetzblatt sind vor kurzem die Durchführungsbestimmungen zur Erhebung der Bürgersteuer für 1932 in den Monaten Oktober bis Dezember veröffentlicht.

Erhoben werden kann die Bürgersteuer nur, wenn die Gemeinden einen rechtswirksamen Beschluß darüber bis zum 30. September gefaßt haben oder wenn bis zum 20. September eine Bestimmung der Landesregierung vorliegt, daß in ihrem Gebiet von allen Gemeinden die Bürgersteuer zu erheben sei. Die Höhe, in der sie im letzten Vierteljahr 1932 erhoben werden kann, ist grundsätzlich bereits bekannt. Der Zuschlag für die Ehefrau fällt weg, von dem für 1931 geltenden Steuersatz werden nur 50 Prozent veranschlagt und von dem daraus errechneten Steuerbetrag noch einmal 25 Prozent abgestrichen, so daß die Bürgersteuer in Höhe von drei Achteln des für das Rechnungsjahr 1931 (ohne Ehefrauzuschlag) angeforderten Steuerbetrages erhoben wird. (Beispiel: statt 18 RM sind 6,75 RM zu bezahlen, und zwar sowohl von den Verheirateten wie von Ledigen).

Prinzipiell gelten die bisherigen Durchführungsbestimmungen weiter, jedoch mit den nachfolgenden Ausnahmen: Für die Frage, ob die Anwendung der allgemeinen Freigrenze von 500 RM oder für Einkommensteuerfreie die Ermäßigung des Landessatzes wegen Vermögensbesitzes ausgeschlossen ist, sind nicht mehr die Einheitswerte vom 1. Januar 1928, sondern die vom 1. Januar 1931 maßgebend.

Fällig ist die Bürgersteuer, soweit sie durch Einbehaltung vom Lohn erhoben wird, bei Arbeitnehmern, deren Lohn für Zeiträume von mehr als einer Woche gezahlt wird, in drei Teilbeträgen am 10. der Monate Oktober, November und Dezember; wird der Arbeitslohn gezahlt für Zeiträume von weniger als einer Woche, in sechs Teilbeträgen, und zwar am 10. und 24. der Monate Oktober und November und am 10. und 28. Dezember. Wird die Bürgersteuer auf Grund eines besonderen Bescheides mit ihrem Gesamtbetrag erhoben, dann ist sie am 10. November fällig, wenn sie nicht mehr als 200 Prozent über den reichsrechtlichen Mindestsätzen liegt, und am 10. Oktober und 10. November, wenn sie eine Höhe von mehr als 200 Prozent der reichsrechtlichen Mindestsätze beträgt. Am 10. November ist sie auch fällig, wenn sie auf Grund eines zusätzlichen Steuerbescheides erhoben wird.

Eine Gemeinde hat in den Fällen, in denen ein bei ihr Bürgersteuerpflichtiger in einem Lande beschäftigt ist, das die Erhebung der Bürgersteuer für das Jahr 1932 ausgeschlossen hat, dem Arbeitgeber bis zum 5. Oktober mitzuteilen, daß sie die Bürgersteuer erhebt. Der Arbeitgeber hat die einbehaltenen Bürgersteuerbeträge in folgenden Fristen an die Gemeindekassen abzuführen:

1. Soweit die Bürgersteuer von der Gemeinde angefordert ist, in der die den Lohn zahlende Betriebsstätte liegt: für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis 15. eines jeden Kalendermonats: bis zum 20. dieses Kalendermonats, für Lohnzahlungen in der Zeit vom 16. bis zum Schluß eines Kalendermonats: bis zum 5. des folgenden Kalendermonats. Beträgt jedoch die bis zum 20. eines Kalendermonats abzuführende Summe weniger als 200 RM, so findet Nr. 2 entsprechende Anwendung;

2. soweit die Bürgersteuer von anderen Gemeinden angefordert ist: für Lohnzahlungen innerhalb eines Kalendermonats: bis zum 5. des folgenden Kalendermonats.

Noch einmal um die Hälfte des oben angegebenen Betrages ermäßigt sich die Bürgersteuer bei Lohnsteuerfreien.

In den Fällen, in denen nach den Verhältnissen am Fälligkeitstage eines Teilbetrages anzunehmen ist, daß die gesamten Jahreseinkünfte eines Steuerpflichtigen den Betrag nicht übersteigen, den er nach seinem Familienstande im Falle der Hilfsbedürftigkeit von dem zuständigen Fürsorgeverband nach den Richtsätzen der allgemeinen Fürsorge als Wohlfahrtsunterstützung in einem Jahre erhalten würde, kann die Wohnsitzgemeinde von der Erhebung des Teilbetrages im Billigkeitswege absehen, sofern nicht bereits in diesen Fällen auf Grund der allgemeinen Freigrenze von 500 RM eine Befreiung eintritt.

In den Fällen, in denen das Einkommen des Steuerpflichtigen im Steuerabschnitt 1931 gegenüber dem Einkommen im Steuerabschnitt 1930 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen ist, ist die Bürgersteuer 1932 auf Antrag mindestens entsprechend dem Hundertsatze des Einkommensrückganges zu ermäßigen; hierbei ist ein Einkommensrückgang von 50 Prozent außer Betracht zu lassen. In diesen Fällen würde also z. B. bei einem Einkommensrückgang von 80 Prozent von der sich ergebenden Steuer ein Abschlag von mindestens 30 Prozent zu machen sein.

Schließlich sind noch Bestimmungen zur Vermeidung doppelter Heranziehung getroffen worden.

Rundfunkrede des Reichskanzlers für die Winterhilfe

Reichskanzler von Papen wird heute abend um 7 Uhr über alle deutschen Sender als Auftakt zur Winterhilfe eine Ansprache unter dem Thema „Wir wollen helfen" halten.

Aus der Heimat

Ehret das Alter!

Am morgigen Freitag, den 23. September, wird Herr Alwill Faßbender in Groß-Hamberg 83 Jahre alt. Das Geburtstagskind ist noch gesund und munter und verfolgt in seinem Heimatblatt, dem Bergischen Volksboten, alle Ereignisse aus nah und fern mit lebhaftem Interesse.

Auch wir entbieten dem Geburtstagskinde herzlichste Glückwünsche!

Andreas Hofer

Nachdem am gestrigen Mittwoch das große historische Filmwerk „Andreas Hofer" in der hiesigen Modernen Lichtbühne erfolgreich aufgeführt wurde, findet am morgigen Freitagnachmittag um 3.15, 5.30 und 8 Uhr im Lichtspielhaus Hilgen die Aufführung dieses großartigen Filmwerkes statt. In den Hauptrollen wirken Carl de Vogt, Maly Delschaft, Grit Haid, Oskar Marion, Fritz Greiner usw. mit. Im Beiprogramm wird u. a. der Film „Charlie Chaplin" gegeben. Die Eintrittspreise betragen für Erwachsene 50 und 70 Pfg., Erwerbslose 30 Pfg., Kinder und Schüler 20 Pfg.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Herbst-Kirmes in Neuenhaus

Es sei schon heute darauf aufmerksam gemacht, daß die allbekannte Herbst-Kirmes in Neuenhaus bei Kuckenberg im Lokale des Herrn Alwill Speck bereits am kommenden Sonntag, den 25. September, stattfindet und nicht wie früher immer erst Ende Oktober.

Näheres im Anzeigenteil der morgigen Ausgabe.

Das Länderspiel Deutschland — Schweden

am 25. September in Nürnberg wird durch Rundfunk übertragen. Der Westdeutsche Rundfunk wird die Schilderung des Verlaufes der 2. Halbzeit in der Zeit von 16,30—17,15 Uhr über den Sender Langenberg verbreiten.

Ausschußsitzung des Kreisverkehrsverbandes

Am kommenden Mittwoch, den 28. September, findet im „Gasthof zur Eich" in Wermelskirchen eine Sitzung des Arbeitsausschusses des Kreisverkehrsverbandes statt, in welcher Dr. ing. Hecker-Düsseldorf über die Verkehrsbeziehungen innerhalb des Kreises zu den benachbarten Großstädten in Verbindung mit der Landesplanung sprechen wird. Der Vortrag soll bereichert werden durch anschauliches Kartenmaterial und Lichtbilder. Landrat Trimborn referiert über die Wochenendsiedlungen im Rhein-Wupper-Kreise. Nach den Vorträgen findet eine Gedenkfeier des Verkehrs- und Verschönerungsvereins Wermelskirchen anläßlich seines 50jährigen Bestehens statt. Es ist zu erwarten, daß die reichhaltige Tagesordnung und die Bedeutung der zu behandelnden Fragen das regste Interesse der Mitglieder des Ausschusses finden wird. Der Beginn ist auf 17 Uhr festgesetzt.

Über das Vorfahrtsrecht

Die Meinung des Oberlandesgerichtes

„Das Vorfahrtsrecht hängt nicht nur von der Entfernung der beiden Kraftfahrzeuge vom Kreuzungspunkt ab, sondern auch von ihren beiderseitigen Geschwindigkeiten. Der nicht vorfahrtsberechtigte Fahrer darf deshalb nur dann vorfahren, wenn er nach der Lage der gesamten Umstände, das heißt auch unter Berücksichtigung der beiderseitigen Geschwindigkeit, mit Gewißheit annehmen kann, daß er die Kreuzungsstelle bereits zu dem Zeitpunkt überquert haben wird, in dem das andere Fahrzeug den Schnittpunkt der Fahrlinien erreicht hat. Der Angeklagte hätte erst nach gründlicher Ausschau nach dem auf der Hauptverkehrsstraße herannahenden Fahrzeug und nur nach gewissenhafter Prüfung die Kreuzungsstelle überqueren dürfen. Damit, daß der andere Fahrer .... seine Geschwindigkeit herabmindern würde, dürfte er nicht rechnen. Das Vorfahrtsrecht kommt stets dann in Frage, wenn zwei Fahrzeuge bei Einhaltung ihrer Geschwindigkeit ungefähr zur selben Zeit an dem Schnittpunkt ihrer Fahrtlinie eintreffen, wenn daher die Gefahr eines Zusammenstoßes begründet ist. In diesem Fall darf der zur Gestattung der Vorfahrt verpflichtete Fahrer nur dann vorfahren, wenn er nach Lage der gesamten Umstände, insbesondere unter Berücksichtigung der beiderseitigen Geschwindigkeit mit Gewißheit annehmen kann, daß er die Kreuzungsstelle bereits zu dem Zeitpunkt überquert haben wird, in dem das andere Fahrzeug den Schnittpunkt der Fahrtlinien erreicht hat".

Hauszinssteuer und Mietbeihilfen

Nach den neuesten Bestimmungen tritt wieder eine Stundung mit der Aussicht auf Niederschlagung der Hauszinssteuer für bedürftige Mieter ein. Das vor einiger Zeit eingeführte Mietbeihilfe-System ist beseitigt worden. In Zukunft ist die Stundung der Hauszinssteuer nur insoweit zu gewähren, als ohne sie öffentliche Fürsorge gewährt werden müßte oder vom Wohlfahrtsamt öffentliche Unterstützung gezahlt wird. Die den Mietern gewährte Hauszinssteuerstundung ist ein Mittel der öffentlichen Fürsorge. Daher sind Anträge auf Hauszinssteuerstundung nur an das städtische Wohlfahrtsamt zu richten. Beschwerden gegen die Ablehnung der Stundung sind demnach auch nur im Fürsorgeverfahren zu verfolgen. Mit dem Antrage auf Gewährung von

Aus der Gemeinde Odenthal

Kreisverbandsfest der Freiw. Feuerwehren in Altenberg

Allen ist beim Fest und in der Zeitung gedacht worden, nur eine Person, die den Löwenanteil für Uebung und bei der Vorbereitung für das Fest getan hat, ist leider vergessen worden. Herr Brandmeister Schankweiler von der Feuerwehr Odenthal, unter dessen Leitung das Ganze stand, der die Uebung ausdachte und auch am Sonntag leitete, ist nicht erwähnt worden. Es sei ihm deshalb an dieser Stelle der wärmste Dank für das gute Gelingen und für seine vielen Verdienste um die Wehr ausgesprochen.

Wohlfahrtsunterstützung ist gleichzeitig der Antrag auf Hauszinssteuerstundung verbunden. Das Steueramt wird den gestundeten Betrag dem Vermieter und dem Mieter mitteilen. Die neuen Vorschriften treten rückwirkend ab 1. Juli 1932 in Kraft. Da das Wohlfahrtsamt nach den seitherigen Vorschriften bereits die vollen Mieten für die Monate August und September im Rahmen der fürsorgerechtlichen Bestimmungen gezahlt hat, sind die Stundungen für die bedürftigen Mieter nur noch für den Monat Juli und für die Zeit ab 1. Oktober auszusprechen. Die Niederschlagung der Steuer erfolgt in diesen Fällen ohne Antrag vom Steueramt im Einvernehmen mit dem Wohlfahrtsamt.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Die große Haupt- und Schlußziehung der 39. (265.) Lotterie ist am 12. September beendet worden. Neben den zur Ausspielung gekommenen hohen und mittlern Gewinnen haben auch die 100 Schlußprämien zu je 3000 Mark bei den Spielern Freude hervorgerufen. Die nächste 40. (266.) Lotterie bringt den gleich günstigen Gewinnplan und ebenfalls wieder 100 Schlußprämien zu je 3000 Mark. Die Ziehung der ersten Klasse ist am 21. und 22. Oktober. Für die bisherigen Spieler werden die gehabten Lose bis zum 27. September aufbewahrt. Es wird empfohlen, bis zu diesem Tag die neuen Lose bei dem zuständigen Lotterieeinnehmer abzufordern oder ihm jedenfalls mitzuteilen, daß die Lose weitergespielt werden, wenn auch deren Bezahlung erst später vor Beginn der Ziehung erfolgt.

Auerhähne bis 1936 unter Schutz

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat mit sofortigem Inkrafttreten eine Verordnung zum Schutz von Auerhähnen in der Rheinprovinz erlassen, in der es u. a. heißt:

„Bis zum 31. Dezember 1935 ist es den Jagdausübungsberechtigten untersagt, Auerhähne zu erlegen. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft".

Gleichzeitig wird die Anordnung über den Schutz von Auerhähnen in der Rheinprovinz vom 13. September 1930 außer Kraft gesetzt.

Ab 1. Oktober: Steueranrechnungsscheine

Die neuen Steueranrechnungsscheine, die im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung ab 1. Oktober verausgabt werden, sind im Entwurf bereits fertiggestellt. Sie werden, um Fälschungen vorzubeugen, auf Wasserzeichenpapier gedruckt. Ihr Format ist ein Zwischending zwischen Reichsbanknote und Aktie. Die Ausgabe der Steuerscheine erfolgt ausschließlich durch die örtlichen Finanzämter. Es ist in Aussicht genommen, den Finanzämtern einen ausreichenden Vorrat an Steuerscheinen verschiedener Größenordnung zuzuweisen. Die Finanzämter hätten dann auch bei der Ausgabe ihre Unterschrift unter die Steuerscheine zu setzen.

Vor dem Standesbeamten Parteiuniform wieder erlaubt

Der frühere preußische Innenminister hatte einen Runderlaß herausgegeben, wonach der Standesbeamte die Verhandlung über eine Eheschließung ablehnen durfte, wenn die Kleidung der Verlobten oder der Trauzeugen unsachgemäß, resp. in auffälliger Weise auf das Aeußere einer politischen Organisation eingestellt sei. Jetzt ist vom gegenwärtig amtierenden preußischen Innenminister ein Hinweis erfolgt, daß die Tatsache, daß einer der Beteiligten bei einer Eheschließung in Uniform erscheint, allein den Standesbeamten nicht berechtigt, die Verhandlung über die Eheschließung abzulehnen.

750 Millionen Fünf-Markstücke

Die amtliche Uebersicht der Prägungen von Reichssilber- und Reichspfennigmünzen bis Ende August 1932 ergibt einen neuen Zuwachs von Prägungen an Fünf-Markstücken, und zwar sind im Monat August in Karlsruhe 480 000, in Hamburg 408 000 Fünf-Markstücke geprägt worden. Die Gesamtprägung an Fünf-Markstücken beträgt zurzeit 756 201 580. Die Drei-Markstücke bleiben dahinter weit zurück. An Drei-Markstücken sind rund 267 Millionen, an Zwei-Markstücken 213 Millionen, an Ein-Markstücken 256 Millionen, an Fünfzig-Pfennigstücken rund 73 Millionen im Umlauf, an Zehn-Pfennigstücken 65 Millionen und an Fünf-Pfennigstücken 28 Millionen. Die Neu-Ausprägung von Vier-Pfennigstücken ist zwar im letzten Monat noch fortgesetzt worden, jedoch sind nur rund 42 000 Vier-Pfennigstücke geprägt worden. Der Gesamtumlauf beträgt noch nicht einmal zwei Millionen Stück.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

300 Streikende wurden fristlos entlassen

Zu dem bereits gemeldeten Lohnkonflikt bei dem Kabelwerk Reinshagen in Wuppertal-Ronsdorf, der die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung veranlaßte, wird von der Verwaltung noch mitgeteilt, daß bis zum Ablauf der Frist etwa 20 Prozent der Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen haben. Der Rest von 300 Mann ist also fristlos entlassen.

Solingen

Berufungsverhandlung im Prozeß Knecht vertagt

Die für gestern vorgesehene Berufungsverhandlung gegen den Solinger Sparkassenangestellten Ernst Knecht, der wegen Unterschlagung und Untreue in erster Instanz zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, mußte auf unbestimmte Zeit vertagt werden, da der Verteidiger neue Beweisanträge gestellt hat.

Der Eisenbahner als Einbrecher

Beamten der Fahndungsstelle der Reichsbahndirektion Wuppertal gelang es, einen Eisenbahner aus Lennep zu ermitteln, der in der letzten Zeit wiederholt in einen Zigarrenpavillon im Solinger Hauptbahnhof eingebrochen hat. Der ungetreue Eisenbahnbedienstete ist geständig, drei Einbrüche verübt zu haben. Er wurde dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Oberbergisches

Bergisch-Gladbach. Das Erben geht nicht so leicht. Am Montag kam eine Kölnerin nach Bergisch-Gladbach mit der Absicht, in dem benachbarten Asselborn ein Gütchen zu kaufen. Sie brachte 3500 RM. in bar mit, die sie in ihrer Handtasche verstaut hatte. Bevor sie sich in Bergisch-Gladbach in das Haus eines dortigen Bürgers, mit dem sie verhandeln wollte, begab, reichte sie ihrem 23 Jahre alten Sohn die Tasche zum Aufbewahren. Groß war aber ihr Erstaunen, als sie beim Herauskommen ihren Sohn nicht mehr fand. Trotz der Nachforschungen der Polizei blieb der junge Mann verschwunden. Er hatte seiner Mutter nur einen Zettel hinterlassen mit der Aufschrift: „Unser Erbteil haben wir; wenn Du vernünftig bist, verhandelst Du mit uns. Hans und Willi." Die Mutter erstattete daraufhin gegen ihren Sohn bei der Polizei Anzeige wegen Unterschlagung.

Düsseldorf

Autodiebesbande verhaftet

Die Kriminalpolizei hat fünf junge Burschen im Alter von 18 bis 21 Jahren wegen fortgesetzter Autodiebstähle festgenommen. Die jungen Automarder hatten gemeinschaftlich in der letzten Zeit hauptsächlich in der Friedrichstadt parkende Autos von den Straßen gestohlen, mit ihnen längere Fahrten unternommen und sie dann herrenlos stehen lassen.

Düsseldorf. Dr. Ernst Hoff gestorben. Hier verschied unerwartet der frühere langjährige Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Ernst Hoff, Mitglied des Vorstandsrates. Von der Gründung des Verbandes an hat er fast 25 Jahre als Geschäftsführer dessen Geschicke geleitet. Mit seinem Wirken ist der Aufstieg des Verbandes aufs engste verknüpft gewesen.

Köln

Köln. Mit 69 Jahren ins Gefängnis. Die Große Strafkammer in Köln verurteilte den 69 Jahre alten Rendanten Milles von der Krankenkasse der Kölner Bäckerzwangsinnung wegen fortgesetzter Unterschlagung, Untreue und Urkundenunterdrückung in Tateinheit zu neun Monaten Gefängnis. Der Rendant hatte, wie sich bei einer Prüfung der Kasse herausstellte, 14 000 Mark Defizit gemacht, wofür keine Belege vor-

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Sie stehlen den Teer von der Landstraße!

Opladen, 22. Sept. Von der Autostraße wurde nachts ein Faß Bitumen gestohlen. Das Faß hat ein Gewicht von etwa 200 Kilogramm. Es muß mit einem Handwagen fortgeschafft worden sein. Auch wurde von der Autostraße eine größere Anzahl Bretter gestohlen. In diesem Falle wurden die Täter ermittelt.

Schadenfeuer in einer Bäckerei

Leichlingen, 22. Sept. In der Nacht zum Mittwoch entstand in der Backstube des Konditors und Wirts B. in der Brückenstraße Feuer. Die Backstube und ein angrenzender Stall brannten nieder. Dank der Windstille und dem raschen Eingreifen der Feuerwehr konnte ein weiteres Umsichgreifen des Feuers, wofür bei der Lage des Brandherdes die Gefahr sehr groß war, verhindert werden. Die Entstehungsursache ist noch nicht geklärt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Schlachthausdiebe machen reiche Beute

Wermelskirchen, 22. Sept. In der vorvergangenen Nacht drangen Diebe in das Schlachthaus des Metzgers Höhborn in Hünger ein und räumten unter den Fleischbeständen gehörig auf. Sie hießen etwa 250 Pfund Rind- und Schweinefleisch, geschnittenen Speck und ungeräucherte Jagdwurst mitgehen. Außerdem nahmen sie verschiedene Metzgergerätschaften, wie Messer, Eimer usw. mit. Außer Höhborn ist auch ein Landwirt aus Oberwinkelhausen geschädigt, dessen frischgeschlachtete Kuh noch im Schlachthaus hing. Die Einbrecher haben sich beim Abtransport der großen Fleischmengen wahrscheinlich eines Autos bedient, wenigstens will man ein Auto in der Nähe gehört haben. Zweifellos handelt es sich um dieselbe freche Diebesbande, die im Laufe dieses Jahres hier und in den Nachbargemeinden wiederholt derartige Schlachthauseinbrüche beging.

Brandsirenen umheulen Schloß Burg

Burg a. d. W., 22. Sept. Gestern abend wurden die Bewohner Burgs und der Umgebung durch das unheimliche Tönen der Brandsirene aufgeschreckt und Gerüchte schwirrten bald durch die weitere Umgebung, daß es auf Schloß Burg brenne. Glücklicherweise war dieses nicht der Fall, handelte es sich doch nur um einen Probealarm. An diesem Alarm beteiligten sich die Wehren von Burg, Solingen und Wermelskirchen, die auch in dieser Reihenfolge an der Brandstelle eintrafen. Die Uebung, die unter Anwesenheit von Kreisbrandmeister Schröder und Brandmeister Dr. Wuppermann stattfand, bewies, daß für einen ausreichenden Feuerschutz ausgiebig gesorgt ist.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Seuchentod unter dem Rehwild

Seit zwei Jahren wütet unter dem Rehbestand der Witzheldener Jagdbezirke die Lungenwurmseuche. Schon kurz nach dem Ausbruch der Seuche fiel dieser die Hälfte des Rehbestandes zum Opfer. Kürzlich fand man wieder acht tote Rehe auf. Die Pächter der angrenzenden Jagdbezirke befürchten ein Uebergreifen der Seuche.

Wasserung des Do X in Köln

Am verflossenen Montag gaben wir ein kleines Stimmungsbild über einen Besuch an Bord des Do X in Düsseldorf. Heute wollen wir es nicht unterlassen, ein gleiches über die Wasserung des Do X auf dem Rhein in Köln zu geben.

Schnell ist die letzte Zeile gesetzt, die Seite fertig umbrochen, als es auch schon draußen auf der Straße hupt, denn das ist das Zeichen, daß der Wagen bereit steht, der mich nach Köln bringen soll, um der Wasserung des Do X beizuwohnen. Nur geraume Zeit vergeht und der Wagen saust ab. Durch einen herrlichen Herbstmorgen geht es auf Köln zu. Immer wieder schweifen die Gedanken ab, werden wir auch zur rechten Zeit in Köln sein . . . . ? Schon an der neuen Siedlung bei Mülheim erhält unsere Freude einen heftigen Knax: Do X, das Wunderwerk deutscher Technik, erscheint schon um 11,10 Uhr in unserem Blickfeld und für 12 Uhr war er erst für Köln angesagt. Doch nur nicht den Mut verlieren! Und als wir in Köln ankommen, da sind nur Menschenmassen zu sehen, von Do X keine Spur. Aber nur kurze Zeit dauert es und mit mächtigem Brummen kündigt sich Do X — begleitet von einigen Flugzeugen — von Süden an. Und dann bestaunen die Kölner und die, die aus weiter Umgebung hierhin geeilt sind, dieses Riesenschiff, diesen Riesenkoloß, von dem sechs Motorgruppen hoch oben auf der Flügelspannung geheimnisvoll und beinahe gespensterhaft in die Luft ragen. Das Lied der zwölf Motoren wird immer gewaltiger, das Surren der Motoren steigert sich ins Unendliche. Ein unvergeßliches Bild ist es, wie Do X in majestätischem Flug langsam seine Bahn rheinabwärts zieht, wie sich die Konturen des Riesenbootes mit denen der gewaltigen Hohenzollernbrücke verwachsen. Unzählige Stimmen des Staunens und der Begeisterung erheben sich, dem Do X mit seiner Besatzung einen Willkommensgruß zu entbieten, der aber in dem Geräusch der schweren Motoren untertaucht. Alles andere ist vergessen — man sieht nur noch das Schiff, dem die Welt ihre Bewunderung darbringt. Langsam neigt sich der Koloß und in prachtvoller Schleife zieht vom Rhein hinweg Do X über das Häusermeer der Stadt. Nach Minuten spannender Erwartung erscheint das Schiff wieder und neigt seinen Kiel, um in der Nähe der Bastei aufs Wasser zu gehen. Gischt springt auf und bis in die Tiefen wird der Rhein bei der Berührung mit dem Koloß der Lüfte aufgewirbelt. Und wie man vorhin den Do X in der Luft bewunderte, so bewundert man ihn jetzt auf dem Wasser, auf dem er majestätisch seine Bahn zieht. Rheinabwärts bis zur Mülheimer Brücke geht es zuerst, dann bis zur Hängebrücke rheinaufwärts. Inmitten all der Schiffe, der kleinen Boote und all der Motor- und Paddelboote, die nunmehr den Rhein bevölkern, wird der Weg des Do X zu einer Paradefahrt, auf der er von der überaus großen Zuschauermenge begeistert begrüßt wird. Von der Mülheimerbrücke bis zur Hängebrücke und wieder zurück ist für das stolze Flugschiff Do X eine Triumphfahrt, denn das Grüßen und Hüteschwenken will und will kein Ende nehmen, selbst nicht dann, als Do X schon am Auerschen Floßhafen wassert.

Nun ist Do X in Köln. Er hatte es gut mit den Kölnern gemeint, kein Mensch kam zu kurz, denn geraume Zeit kreiste der Riesenvogel über der Stadt, wobei kein Vorort vergessen wurde, ehe er aufs Wasser niederging. So hatten ihn eigentlich alle schon gesehen und hätten ruhig zu Hause bleiben können.

Aber das kann man von einem Kölner nicht verlangen. Und die nächste Nachbarschaft Kölns, von Lokalpatriotismus angesteckt, hatte es sich auch nicht nehmen lassen, mit allen möglichen Vehikeln nach Köln zu kommen. Was da an Menschen zusammenlief, war einfach unglaublich. So etwas kann man nicht schätzen; es war alles auf den Beinen.

Und Do X wußte diese stürmische Begrüßung wohl zu würdigen. Majestätisch ruderte er nach der Wasserung unter sämtlichen Rheinbrücken her rheinaufwärts an der Stadtseite entlang bis zur Hängebrücke und nahm mit vollen Motoren rheinabwärts am anderen Ufer die Parade ab bis zur südlichsten, der Mülheimer Rheinbrücke, von den mit Menschen dicht besäten Ufern immer aufs neue mit Winken und Jubelrufen begrüßt. Alle Brücken waren belagert, auf der der Stadt zugewandten Rheinstraße entstand während dieser Parade ein volkstümliches Radrennen der Unentwegten, die mit Do X die Fahrt rheinauf- und rheinabwärts mitmachten. Noch als das Flugschiff seinen Liegeplatz etwas oberhalb der Mülheimer Rheinbrücke aufgesucht hatte, wollten sich die Ufer nicht leeren.

Als „Graf Zeppelin" am 14. Juli 1930, an einem schönen Sonntagmorgen, auf dem Butzweiler Hof landete, konnte man wohl sagen, daß allerlei Menschen unterwegs waren. Aber was sich hier gestern morgen auf der etliche Kilometer langen Rheinbrückenstrecke abspielte, also, da kann „Graf Zeppelin" einfach nicht mit. Autos, Lastwagen, der kleine Hanomag und der schwere elegante Chrysler, alles war vertreten, Motorräder, Fahrräder, eine Unmenge Kinder, teils klassenweise unter Aufsicht von Lehrern, dazwischen schieben sich Straßenbahnzüge, selbst besonnene Bürger vergessen ihre Bürgerpflicht und stehen mitten im dichten Verkehr schwadronierend herum und werfen gestikulierend und fuchtelnd die Arme in die Luft, so etwas ist selbst in Köln noch nicht dagewesen. Berittene Polizei sorgt für Ordnung, und mit Rücksicht auf so ein Ding, so eine Sensation klappt es ganz gut.

Die Leute vom Do X sind ja auch allzu freundlich. Sie haben ganz nahe am Ufer festgemacht, und wer genug Courage hat, kann bis auf die Mole gehen, vor der Do X in etwa 10 Meter Entfernung liegt. Tausende und Abertausende haben sich wie ein Bienenschwarm am alten Auerschen Floßhafen niedergelassen und sehen mit echt Kölschem Temperament dem Ankerungsmanöver zu. Die Favoriten sind natürlich wieder die „Kölschen Lotterboven", die fix wie ein Wiesel mit bloßen Füßen auf einige Steine, die aus dem Wasser hervorragen, geklettert sind, um die Sache mit fachmännischen Augen direkt aus der Nähe zu begutachten. Aber sie hatten mit des Schicksals Tücke nicht gerechnet. Plötzlich springt ein Außenmotor des Ungeheuers an, tobt ganz fürchterlich, und langsam bewegt sich das Hinterteil des Schiffes seitlich, damit die für die Ankerung notwendige Lage erreicht wird. Wie die Katzen springen unsere Lotterboven durch das seichte Wasser an Land. Nur ein ganz kleiner Knirps ist zu bange, ins Wasser zu springen. Als sich das hintere Steuer bedenklich seinem reservierten Platz nähert, schreit er ganz jämmerlich. Aber auch hierfür hat Do X Verständnis. Ein Monteur wirft unserem Hänneschen eine Strickleiter zu, an der der „Köttel" ganz behutsam hinaufklettert. Er war der erste Kölsche Besucher auf dem Do X.

Und nun liegt Do X für einige Tage am Auerschen Floßhafen unweit der Mülheimer Brücke, um sich den Kölnern zu zeigen, die schon so vieles von ihm gehört, aber noch nicht so recht gesehen haben. Und Kölner werden es nicht nur allein sein, die den Koloß besichtigen wollen, aus der Umgebung werden sie auch in Scharen kommen und nicht zuletzt aus unserem Burscheid! Alle, die nach Köln zur Besichtigung kommen werden, werden mit dem Gedanken ihre Heimfahrt wieder antreten, daß man dem Deutschen vieles verbieten kann, daß man es aber nicht fertigbekommt, deutsche Ideen und deutsche Technik zu unterdrücken!

— jm —

Das Neueste

Der Reichsarbeitsminister hat, den Blättern zufolge, die Gelegenheit seiner Anwesenheit auf dem Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf benutzt, um im Industriegebiet Verhandlungen mit den am Ruhrbergbau beteiligten Parteien zu führen.

Der Reichsverband bildender Künstler begann am Mittwoch seine dreitägige Tagung mit einer Festsitzung im alten Rathaussaal in Dortmund.

Im Rahmen der Vortragsveranstaltungen des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller sprach Reichsminister a. D. Dr. Hamm, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, über die Konjunkturlage und das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Die Nationalsozialisten haben „Nationalsozialistische Jugendbetriebszellen" zur besonderen Erfassung der Jungarbeiterschaft ins Leben gerufen.

Die Einlagebewegung bei den preußischen Sparkassen hat im August und September eine günstige Entwicklung genommen. Für August ergibt sich ein Einlageüberschuß von 5,4 Millionen RM.

Das französische Außenministerium hat dem Botschafter der Vereinigten Staaten, der morgen nach Washington abreist, den Entwurf eines Handelsvertrages zugehen lassen, der der Regierung der Vereinigten Staaten unterbreitet werden soll.

Die Pariser Blätter bemühen sich, die Oeffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Abwesenheit Deutschlands bei den Abrüstungsbesprechungen den Gang der Verhandlungen in keiner Weise hindere. Nur „Echo de Paris" gibt zu, daß infolge der Abwesenheit Deutschlands jede Arbeit unnütz sei.

Die „Times" hält es für notwendig, daß im Hinblick auf die deutschen Gleichberechtigungsforderungen die Mächte eine gemeinsame Erklärung abgeben, in der sie verkünden, daß die Abrüstungsvereinbarung rechtlich und tatsächlich die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages ungültig machen solle.

Die Genfer Berichterstatter des „Daily Herald" und „News Chronicle" erfahren übereinstimmend, daß Frankreich im Hinblick auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung beabsichtige, seine bisherige Unterstützung des japanischen Vorgehens in China aufzugeben.

In Liverpool wurden bei Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei 30 Personen verletzt. Mehrere Geschäfte wurden von den Arbeitslosen geplündert und Schaufenster eingeworfen.

In Budapest rechnet man damit, daß eine von Graf Bethlen wesentlich beeinflußte Regierung zustande kommt. Ob Bethlen selbst das Ministerpräsium übernehmen werde, oder ob er als Führer der Großen Regierungspartei dem Gang der Ereignisse vorstehen wird, ist noch offen.

Nach Meldungen aus Asuncion soll ein bolivianisches Bataillon im Chaco von paraguaischen Streitkräften völlig vernichtet worden sein.

Sämtliche Schulen in Cottbus geschlossen

Wegen mehreren ernstlichen Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung wurden am Donnerstag sämtliche Schulen in Cottbus geschlossen, nachdem man es bisher mit der Schließung einzelner Klassen hatte bewenden lassen. Die Schließung der Schulen war schon seit Tagen von der Elternschaft gefordert worden.

Das Wetter von heute und morgen

Bewölkungszunahme, später auch aufkommende Regenneigung, Tagestemperaturen nur langsam ansteigend, frische südöstliche bis östliche Winde.

Westdeutsches

Godesberg. Aus Gram Selbstmord begangen. Morgens wurde auf dem Bahngleis zwischen Godesberg und Mehlem die Leiche eines Mädchens gefunden, das sich vom Zuge hatte überfahren lassen. Der Kopf war vom Rumpf getrennt. In der Nähe lag ein Fahrrad. Die polizeiliche Untersuchung ergab, daß es sich um eine 22 Jahre alte Hausangestellte aus Alfter bei Bonn handelt, die in Godesberg in Diensten stand. Sie hatte ein Verhältnis mit einem Manne, das dieser lösen wollte. Aus Gram hierüber beging das Mädchen Selbstmord.

Eitorf (Sieg). Ein verhängnisvoller Streit. Nachmittags gerieten hier mehrere Nachbarn in einen wüsten Streit, bei dem einer den anderen nach Kräften um die Ohren hieb. Ein 35 Jahre alter Mann, der ebenfalls an der aus noch unbekannten Motiven entstandenen Keilerei beteiligt war, wurde derart mitgenommen, daß er inzwischen im Krankenhaus gestorben ist. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. Es ist ihr aber noch nicht gelungen, die Schuldfrage zu klären. Festnahmen sind infolgedessen noch nicht erfolgt.

Laasphe. Eine Fliehburg aus der La Tène-Zeit. Im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes werden seit einiger Zeit östlich von Laasphe Ausgrabungen auf einem Bergkegel, der eine Fliehburganlage trägt, vorgenommen. Die Arbeiten erstrecken sich in diesem Jahre zunächst auf Vorarbeiten, um die ganze Anlage ihrem ganzen Charakter nach zu klären, was auch restlos gelungen ist. Danach handelt es sich um eine Fliehburg aus der La Tène-Zeit. Ihrem Aufbau nach entspricht sie dem System der Burgen von Aus-Wingeshausen, Affoldersbach und Rittershausen im Dillkreis. Für die Benutzung der Burg im Germanenzeitalter liegen bis jetzt noch keine Beweise vor, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Im frühgeschichtlichen Zeitalter ist die Burg wieder bewohnt worden. Auf der Kuppe freigelegte Scherben lassen darauf schließen. Die ganze Art der Anlage läßt weitgehende Schlüsse auf die soziale Struktur der damaligen Zeit zu. Nur ganze Stämme konnten solche Werke anlegen, die dauernd unterhalten werden mußten und auf denen dauernd eine Besatzung gelegen haben muß. Eine straffe Organisation und eine kleine Arbeitsteilung sind schon festzustellen. Die ganze Befestigungsanlage umfaßt einen etwa 600 Meter langen Hauptwall, hinter dem sich, dicht daran angeschmiegt, die Schutzhütten befanden. Während der Hauptwall sich um die ganze Burg herumzieht, endet der Wall der Vorburg in einem Steilabhang nach der Nordseite des Berges zum Laasphetal hin. Noch ein Vorwall bot dem eindringenden Feind ein Hindernis. Sämtliche Wälle waren durch Palisaden und starke Holzbefestigungen noch weiterhin gesichert und boten für die damalige Zeit außerordentlich sicheren Schutz. Die Ausgrabungen förderten eine ganze Menge Scherben, Holzkohlenreste, Eisenteile, Werkzeuge, die Spitze eines Wurfspeers usw. zutage.

Andernach. Wiederwahl des Andernacher Bürgermeisters. In der Stadtverordnetenversammlung wurde der dem Zentrum angehörende Bürgermeister Mettlich, dessen 12jährige Amtszeit in Kürze ablief, gegen eine Stimme bei vier Enthaltungen wiedergewählt.

Herzogenrath. Internationale Autoräuberbande entlarvt. Die Heerlener Kriminalpolizei ist einer internationalen Autoräuberbande auf die Spur gekommen. Vor einigen Tagen hat ein Oberlandjäger in Finkenrath einen Polen verhaftet, der nicht im Besitze ordnungsmäßiger Ausweispapiere war. Da der Mann sich, bevor er sich in Finkenrath ohne polizeiliche Anmeldung ansiedelte, längere Zeit im niederländischen Industrierevier, besonders in Heerlen, aufgehalten hatte, setzte sich der Landjägereibeamte mit der Heerlener Kriminalpolizei in Verbindung. Die Ermittlungen ergaben, daß dem Polen in Holland der Boden zu heiß geworden war, da er die Abschlagszahlungen für einen gekauften Kraftwagen nicht eingehalten hatte. Inzwischen hat man ermittelt, daß der Mann zu einer internationalen Autoräuberbande gehörte, die vornehmlich in Deutschland Kraftwagen stahl und diese nach Holland schaffte. Dort wurden sie umgearbeitet und umgeändert, damit sie nicht mehr zu erkennen waren. Die unkenntlich gemachten Kraftwagen wurden dann für wenig Geld verschleudert; meistens gingen sie an Schmuggler, die natürlich bei den niedrigen Preisen mit beiden Händen zugriffen, da sich der Verlust eines so preiswerten Wagens, wenn die deutsche Zollbehörde einmal zupacken würde, leichter verschmerzen ließ. Bis jetzt sind drei Personen verhaftet worden, davon zwei in Holland und eine in Deutschland.

Osnabrück. Osnabrücker Künstler gestorben. Im 53. Lebensjahre starb nach schwerer Krankheit der Maler Ludwig Wiegard. Der Verstorbene hat sich um das Osnabrücker Kunstgewerbe, insbesondere um das kirchliche Kunstgewerbe sehr verdient gemacht.

Todesfahrt eines Mindener Kanoniers

Das Opfer eines schweren Verkehrsunfalles wurde der 20 Jahre alte Kanonier Buschenfeld aus Bielefeld, der in Minden in Garnison steht. Er hatte seine Eltern besucht und befand sich in den Abendstunden mit seinem Motorrad auf der Rückfahrt nach Minden. Auf der Bieleselder Straße wurde Buschenfeld so heftig von einem Herforder Personenauto angefahren, daß er stürzte und mit einem Schädelbruch liegen blieb. Auch das Auto prallte gegen einen Baum und wurde beschädigt. Im Krankenhaus ist der Verunglückte dann seinen Verletzungen erlegen.

Der rote Hahn im Sauerland

In Brilon brach in kurzer Zeit zum dritten Male Feuer aus. Diesmal wurde das Anwesen des Landwirts Albert Jakobi eingeäschert. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit fraß sich das Feuer, das in den Stallungen ausgebrochen war, weiter und griff auf Scheune und Wohnhaus über, so daß in wenigen Minuten das gesamte Anwesen in Flammen stand. Außer der Besitzung wurden 56 Fuder Ernte, Kühe, Rinder und Federvieh vernichtet.

*

In Rösenbeck (Kreis Brilon) entstand in dem Anwesen des Landwirts R. Hildebrand Feuer, das sich mit großer Schnelligkeit über die gesamte Besitzung ausbreitete. Mit knapper Not konnte das Vieh und einige Stück Möbel gerettet werden. Die Feuerwehren der Umgebung, die sich in der Hauptsache darauf beschränken mußten, die angrenzenden Besitzungen zu schützen, konnten es nicht verhindern, daß plötzlich auch das Anwesen des Landwirts Götte durch Funkenflug in Brand gesetzt wurde und ebenfalls bis auf die Grundmauern niederbrannte.

*

In Drolshagen (Kreis Olpe) schlug in das Wohnhaus eines Landwirts der Blitz ein, so daß das Gebäude im Nu in Flammen stand. Die hilfsbereiten Nachbarn konnten das Vieh aus den Ställen, die sowohl wie die angrenzenden Gebäude in Flammen standen, herausholen. Auch ein Teil des Mobiliars konnte dem rasenden Element entrissen werden. Das Anwesen aber sowie die gesamte Ernte und Futtervorräte fielen den Flammen zum Opfer.

*

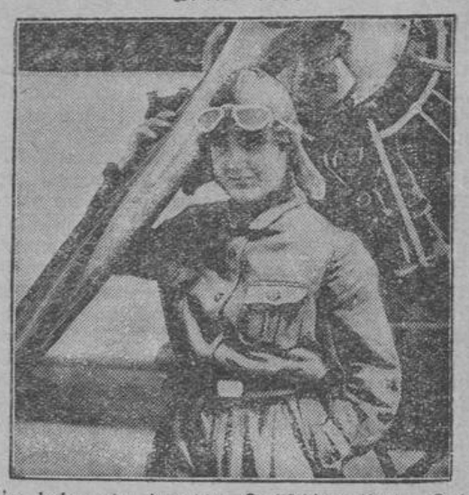
In Elben (Krs. Olpe) brach in dem Hause des Arbeiters Hermann Baum nachts Feuer aus, das vom Dachboden sich schnell über das ganze Anwesen ausbreitete und auch auf die Stallungen übergriff. Das Mobiliar des Eigentümers und eines Bewohners konnte zum Teil gerettet werden. Bei den Rettungsarbeiten wurde die Ehefrau des Baum von einem herabfallenden brennenden Balken getroffen und schwer verletzt. Die Feuerwehren aus der Umgebung mußten sich darauf beschränken, ein Uebergreifen auf die Nachbargebäude zu verhindern. Das Anwesen sowie die Erntevorräte wurden ein Raub der Flammen.

Jahrgang 1932 wird heimgeholt



An den Ufern des Mittelrheins, der Mosel und der Nahe hat nun die Ernte der ausgereiften Trauben begonnen. Die ganze Familie — Mann, Frau und Kind — liest die goldenen Trauben von den Stöcken und bringt sie zu den Traubenmühlen

Eine Deutsche bricht den Fallschirm-Weltrekord



Die bekannte deutsche Fallschirmpilotin Lola Schröter hat den bisherigen Weltrekord im Fallschirmabspringen überboten: sie ließ sich in Kiel von einem Wasserflugzeug 7300 Meter hochbringen, sprang dann ab und landete eine halbe Stunde später 22 Kilometer vom Startplatz entfernt in Hohenberg. Sie hat damit den bisherigen Weltrekord der Rumänin Brascu von 6000 Meter erheblich verbessert. Den deutschen Rekord hielt bisher Georg Resch mit 5100 Meter

Bonn stellt zunächst die Staatsüberweisungen ein

Der Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1931-32, den die Stadthauptkasse Bonn fertiggestellt hat, weist einen Fehlbetrag von 1 279 000 RM. aus, ohne daß in diesem Betrag die noch ausstehenden Ausfälle aus buchmäßigen Rückständen berücksichtigt sind. Für das Rechnungsjahr 1932-33 wird Bonn mit Einschluß der früheren Defizite einen solchen von rund 7,5 Mill. RM. aufweisen. Die zur Aufbringung der Wohlfahrtslasten in Aussicht gestellte Reichshilfe hat bisher enttäuscht, die Erleichterung der Bürgersteuer hat weitere Ausfälle gebracht, sodaß sich der Gesamtfehlbetrag im Laufe des Rechnungsjahres noch erhöht hat. Die Stadtverwaltung hat jetzt die Ueberweisung der Reichssteuern eingestellt, um Gelder zu bekommen, mit denen am 1. Oktober fällig werdende Verpflichtungen gedeckt werden können. Mit den in den nächsten Tagen eingehenden Beträgen sollen dann die rückständigen Reichssteuerüberweisungen nachgeholt werden.

Die Ersparnisse eine Beute der Mäuse

In Goch geschah einem Geldhamsterer das Unglück, daß ihm die Mäuse über seine Ersparnisse herfielen und ihm 1500 Mark so zerfraßen, daß kaum noch etwas zu retten ist.

Spielende Kinder vom Zuge erfaßt

Bei Weckel (lux. Grenze) fuhren vier Kinder auf einem Handwagen die abschüssige Straße hinunter auf das Eisenbahngleis der Strecke Luxemburg—Trier, wo sie von einem Zuge erfaßt wurden. Ein Knabe war sofort tot, ein zweiter wurde lebensgefährlich verletzt. Die beiden anderen kamen mit dem Schrecken davon. Der Schrankenwärter hatte vergessen, die Schranke zu schließen. Er lag schlafend in seiner Wärterbude, wo er kurz nach dem Ereignis festgenommen wurde

Beginn der Aemterzusammenlegung in Rheinland-Westfalen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist durch Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 15. September 1932 mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 die Zusammenlegung einer Reihe rheinischer und westfälischer Aemter in den Kreisen Cochem, Düren, Prüm, Wittlich, Daun und Wittgenstein verfügt worden. Hierdurch wird die Zahl der Aemter in den betreffenden Gebieten von 33 auf 14 vermindert. Diese Aemterzusammenlegung, die im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksausschüssen und im wesentlichen auch im Einverständnis mit den Vertretungskörperschaften der beteiligten Kreise, Aemter und Gemeinden erfolgt, bezweckt eine durchgreifende Nationalisierung und Verbilligung der Verwaltung in den betroffenen Gebieten. Nach vorsichtiger Schätzung wird selbst diese nicht allzu weitgehende Zusammenlegung von Aemtern schon Ersparnisse in Höhe von mindestens 100 000 RM. im Gefolge haben, denen irgendwie erhebliche Erschwernisse für die Bevölkerung nicht gegenüberstehen, da die Eingliederung im wesentlichen kleinere Aemter und solche betrifft, die bereits heute in Personalunion verwaltet werden. Die Staatsregierung ist gewillt, die jetzt erstmalig in größerem Umfange eingeleitete Nationalisierung der Verwaltung des flachen Landes in den beiden Westprovinzen fortzusetzen und ohne Antastung der bewährten Amtsverfassungsreform die durch die heutige Notlage unbedingt erforderliche Verbilligung der ländlichen Verwaltung alsbald zum Abschluß zu bringen.

Durchführung des reduzierten britischen Flottenbauprogramms

Die britische Admiralität gibt bekannt, daß sie Bauaufträge für einen Flottillenführer und acht Zerstörer sowie für zwei Minensucher vergeben hat. Damit ist das Bauprogramm von 1931, das aufgeschoben worden war, mit Ausnahme von zwei U-Booten erledigt.

Allerlei Auslandsdeutsches

Die Zahl der reichsdeutschen Siedler im österreichischen Bundesland Kärnten beträgt nach jüngsten Meldungen rund 1000 Personen einschließlich der Familienangehörigen. Annähernd 5000 Joch Boden werden von den eingewanderten Reichsdeutschen bewirtschaftet.

Von banger Sorge sind die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien um die Erhaltung ihrer Schulen erfüllt. Soeben wurde die deutsche Oberrealschule in Kattowitz teilweise geschlossen und ihr das Selbständigkeitsrecht genommen. Die Wojewodschaft hat ferner in Kattowitz mehrere Verordnungen, die einer Bedrohung des deutschen Schulwesens gleichkommen, erlassen, ohne daß das neue Gesetz zwecks Reorganisation des Schulwesens vom schlesischen Sejm die Zustimmung, wie es gesetzlich verlangt wird, erhalten hätte. Bei Erlaß der Verordnungen berief sich die Wojewodschaft auf Sparsamkeitsrücksichten.

In Moskau erhielten die dort wohnenden deutschen Staatsangehörigen die Erlaubnis zur Errichtung einer reichsdeutschen konfessionellen Schule. Als Leiter ist Lehrer Angersbach aus Köln berufen worden. Die Erteilung von Religionsunterricht hat das russische Unterrichtsministerium untersagt, dafür entfällt andererseits in der deutschen Schule der „politische Unterricht", der sonst in allen russischen Schulen Pflichtfach ist. Die Schule wird von 22 deutschen Mädchen und Knaben besucht. Dazu ist zu bemerken, daß in Berlin bereits seit 1924 eine Sowjetschule besteht, die etwa von 180 Kindern besucht wird.

Am 24. August starb in seiner Heimatgemeinde im Forst bei Hohenelbe auf der böhmischen Seite des Riesengebirges der Prager Theologieprofessor und langjährige Rektor der deutschen Universität, Dr. Josef Jatsch, im Alter von nur 62 Jahren. Jatsch hat große kulturelle Verdienste um das Sudetendeutschtum erworben, er gehörte u. a. dem Vorstande des deutschen Kulturverbandes an.

In Georgswalde nahe der sächsisch-böhmischen Grenze hielten die deutschen Katholiken Böhmens den dritten deutschen Katholikentag in Verbindung mit der Jahresversammlung des Volksbundes deutscher Katholiken ab.

In Valdivia im Süden von Chile kam der aus Deutsch-Böhmen stammende sehr verdiente Bischof Klinke infolge eines Brandes der bischöflichen Residenz ums Leben. Auch die deutsche katholische Mission erlitt durch den Brand bedeutenden Schaden.

Ein Streik wegen Durchführung der Notverordnung

Das Kabelwerk Carl Reinshagen in Ronsdorf hatte angekündigt, daß für die Belegschaft von der 31. Arbeitsstunde an eine Lohnkürzung um 30 Prozent erfolgen werde. In einer Belegschaftsversammlung haben die Arbeiter beschlossen, in den Streik zu treten. Da der Aufforderung der Verwaltung an die Belegschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, nur etwa 50 Arbeiter Folge leisteten, ist den restlichen etwa 300 Arbeitern fristlos gekündigt worden. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung, da fortlaufend Arbeitswillige eingestellt werden.

Wechsel in der sowjetrussischen Botschaft in London

Wie „News Chronicle" meldet, ist der sowjetrussische Gesandte in Finnland, Iwan Michaelowitsch Maiski, zum Nachfolger des bisherigen sowjetrussischen Botschafters in London, Sokolnikow, ausersehen.

Einnahme der Stadt Cunha durch brasilianische Bundestruppen

Wie Havas aus Rio de Janairo berichtet, besagt ein offizieller Bericht, daß die Bundestruppen die Stadt Cunha, die ein strategisch wichtiger Punkt im Staate Sao Paulo ist, eingenommen haben.

Turnen - Spiel - Sport

Turngemeinde Burscheid e.V.

Am kommenden Samstag führen die Turner- und Schülerabteilungen ein Geländespiel (Schnitzeljagd) durch. Der Weg geht ins Eifgental. Die vier Füchse bekommen einen Vorsprung von einer halben Stunde. Es ist dann Aufgabe der Jäger, der gestreuten Spur nachzugehen und die Füchse zu fangen.

Alle Teilnehmer treffen sich pünktlich um 14,30 Uhr an der Rotbuche.

Die Kölner Rennen am nächsten Sonntag

Nach dem gestrigen Erklärungstermin sind die sportlichen Aussichten für die Kölner Rennen am nächsten Sonntag äußerst günstig, denn 107 Pferde, die 41 verschiedenen Trainern unterstehen, werden bereit gehalten. Das Programm gipfelt bekanntlich in dem Preis des Winterfavoriten im Werte von 10 000 RM, der wieder einige der besten Vertreter des jüngsten Jahrganges zusammenführt, so Hauptgestüt Graditz's Alchimist, Herren A. u. C. v. Weinberg's Janitor, Gestüt Schlenderhan's Seni und Wiener Wald, Gestüt Mydlinghoven's Heimwehr und Frl. A. Weltmann's Charmante. Auch die übrigen Rennen des Tages versprechen durch ihre Besetzung spannenden Verlauf. Während in dem einleitenden Dark Ronald-Rennen für Zweijährige über 1200 m 10 Vertreter des jüngsten Jahrganges startberechtigt sind, sind in dem Nuage-Rennen über 1600 m und dem Traum-Rennen über 2400 m je 14, in dem Franz Egon Metternich-Rennen über 1400 m 16 Pferde belassen. Die stärksten Besetzungen erfahren das Flieder-Jagdrennen über 3700 m und das Habenichts-Rennen über 1600 m, da für das erstere 21, für das andere 23 Pferde in Frage kommen.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



Gertrud Mac Leod

ROMAN VON ARNO FRANZ



13

URHEBERRECHTSCHUTZ · DURCH VERLAG · OSKAR · MEISTER · WERDAU · SA.

Der Präsident Ruyther nickte ihm zu, klopfte mit seinem fünfkarätigen Brillant an der Sektschale, bat um einige Aufmerksamkeit und erteilte Herrn Arthur Calisch das Wort.

Der Alte stand wie aus Stein gemeißelt vor einem Stuhl, breitbeinig, mit beiden Händen in den Taschen.

Ihn hätte kein Stier umzurennen vermocht.

„Meine Herren," begann er „entschuldigen Sie die Störung. Sie wissen, daß einem jeden von uns das Recht zusteht, hier Klage führen zu können gegen diejenigen unter uns, deren privates und öffentliches Verhalten uns nicht zusagt. Es ist nicht meine Art, Tamtam zu schlagen, um Bedeutungsloses, und ich tue es auch in diesem Falle nicht, obgleich es sich um ganz gewiß nichts Alltägliches handelt. Ich versuche eine bitterernste Angelegenheit vorerst durch eine Anfrage an Sie zu erledigen. Vermag ich es auf diese Weise nicht, bleibt mir allerdings nichts anderes übrig, als zur — Staatsaktion zu schreiten."

Man hätte eine Feder fallen hören können, so still war es im Raum

Keiner wagte den anderen anzusehen, alle blickten auf Calisch.

Der fuhr fort: „Frage eins! Hat ein Mann unehrenhaft gehandelt im Sinne unserer Moral und unserer Statuten, der seine Frau — einem Junggesellen in die Wohnung schickt, mit der Weisung — Geld zu beschaffen?"

„Ja," scholl es aus dreißig Kehlen.

„Frage zwei! Kann ein solcher Mann fernerhin Mitglied unseres Klubs sein?"

„Nein," lautete die Antwort ebenso einstimmig.

„Dann walten Sie Ihres Amtes, Herr Präsident," sagte Calisch und ging hinaus.

Ruyther erhob sich.

In seiner ruhigen, vornehmen Art wendete er sich an die Versammelten:

„Sollte sich der Herr, den diese Sache angeht und dem die verehrten Mitglieder soeben das Urteil gesprochen haben, in unserer Mitte befinden, so sei ihm ein leidlicher Abgang geschaffen. Er wird gebeten, sich innerhalb fünfzehn Minuten unauffällig zu entfernen."

Diese wenigen Worte lösten eine unheimliche Wirkung aus:

Fünfzehn Minuten Grabesstille!

Niemand sprach ein Wort. Mit der Uhr in der Hand saßen die meisten und warteten. Keiner wagte aufzustehen, geschweige denn auch nur einen Schritt aus dem Saale zu tun. Das wußte jeder: er hätte sich mit diesem Schritte außerhalb der guten Gesellschaft Hollands gestellt, wäre ausgelöscht und weggewischt gewesen für alle Zeiten.

Jenseits der Schwelle harrte die Schande!

Dreizehn Minuten! — — —

Immer noch dieses bedrückende Schweigen.

Vierzehn Minuten! — — —

Wie in Starre die Menschen! Gespannt die Nerven zum Zerreißen.

Fünfzehn Minuten! — — —

Pfeifender Atem. Aschfahle Gesichter. Schweißbeperlte Stirnen.

Und wie die neunundfünfzigste Sekunde verronnen, schlug dröhnend de Jong auf den Tisch — wie ein Riese, wie ein Gigant — mit unglaublicher Wucht.

„Das ist — das — ist — un — er — hört," schrie er und ein fürchterliches Durcheinander folgte.

Von dem, was sie die fünfzehn Minuten getan, tat jeder das Gegenteil — — nur einer saß apathisch im Sessel und rührte sich auch jetzt noch nicht.

Mac Leod.

Ihm war, als ob ihm das Herz aus der Brust gerissen, als ob man ihm das Gehirn durchsägt hätte.

Dreimal hatte er aufstehen wollen — dreimal hatten die Füße, die Arme, der Körper, der ganze Mensch versagt.

Dreimal hatte er schreien mögen: „Ich — ich — ich bin es gewesen" — und dreimal hatte er schweigen müssen.

Selbstbezichtigung ging über seine Kraft.

Da war plötzlich etwas in ihm zersprungen. Er war in sich zusammengesunken und hatte jedes Denkvermögen verloren. Es war wie ein Wrack im tosenden Meere.

„Wo ist Calisch," schrien die Anwesenden, „Calisch soll her. Er soll Rede stehen. Calisch soll sich verantworten."

Das ging wild durcheinander.

Und von niemand bemerkt, weil sich alle um den Präsidenten und den Tisch der Alten drängten, betrat ein Diener den Saal, schritt auf Mac Leod zu, der immer noch allein und vergessen in seiner Ecke kauerte und bat ihn für einen Augenblick heraus.

Gleichgültig trottete er hinter dem Diener her.

Im Vorraum stand Calisch — wieder wie vorhin, mit den Händen in den Taschen, breitbeinig, wie ein Klotz.

Als ihn Leod sah, schreckte er zusammen und ging ihm mit wiedererwachender Willenskraft entgegen.

„Was suchen Sie noch hier, Herr Mac Leod? Die fünfzehn Minuten sind um. Wollen Sie, daß man deutlicher wird und Namen nennt?"

„Ich verstehe Sie nicht," stotterte Leod.

„Ich halte diese — entschuldigen Sie den Ausdruck — Frechheit einem Rest von Schamgefühl zugute. Ich kann mir denken, wie Ihnen zumute ist. — Notabene sprach ich mit Ihrem Oberst. Es wird Ihnen dringend nahegelegt, um Ihre Entlassung, mindestens aber doch um Ihre Versetzung nach den Kolonien einzukommen, wenn Sie sehr unliebsame Dinge vermeiden wollen. — Ich werde keine Rücksicht auf mich und Glieder meiner Familie nehmen. Ich will Sie weghaben und bringe Sie weg und wenn ich meinen Sohn von offener See zurückholen müßte."

Da klappte Mac Leod die Hacken zusammen. „Sie werden von mir hören," rief er ihm zu, aber Calisch winkte ab.

„Lassen Sie das," sagte er wegwerfend, „ich habe kein Bedürfnis danach," und ging in den Saal zurück.

Wieder trat Stille ein, als er sich sehen ließ.

Herr de Jong machte sich zum Sprecher der Anwesenden Sehr bestimmt und kühl trat er dem Alten entgegen.

„Wir bitten um Aufklärung, Mijnheer!"

„Welcher Aufklärung bedarf es, de Jong?"

„Sie haben Andeutungen gemacht — bitte, jetzt nennen Sie Namen?

„Ist das noch nötig? — Einer fehlt, meine Herren, einer, der hier war und nicht mehr hier ist. Er ging und zog die Konsequenzen. Ziehen Sie bitte Ihre Schlüsse daraus."

Die Mitglieder sahen sich verständnislos an.

War der Alte nicht mehr bei Verstand? —

Einer fehlte? — Wer fehlte?

Da ertönte von irgendwo der Name: Mac Leod — und machte die Anwesenden vollkommen stumm

Calisch nickte.

„Mac Leod — ja! Er ist gegangen. Die Sache ist somit erledigt. — Und nun, meine Herren — das Vergnügen!"

Er hob sein Sektglas auf und hielt es hoch empor.

„Ein Hoch — der Einigkeit — und Sauberkeit — in allen Dingen!"

Und trank es aus in einem Zuge. — — — —

* * *

So war Leod noch nicht nach Hause gekommen wie an diesem Abend. In größter Trunkenheit nicht! Verfallen, fahl, alt, mit leeren Augen und im wahrsten Sinne des Wortes ausgelöscht.

Traute schrie auf als sie ihn sah. Schrecken und Mitleid waren in ihr. Warm und weich klang ihre Frage:

„Was ist dir, Mac? Bist du krank?"

Er schüttelte den Kopf und sank auf das Sofa nieder.

„Es muß dir doch etwas geschehen sein, Mac — etwas Entsetzliches, das dich so erschüttern konnte."

In Scham und ohnmächtiger Wut ballte er die Hände zu Fäusten. Würgend stieß er heraus:

„Man hat mich aus dem Klub gewiesen."

„Mac!"

„Aus — dem — Klub — ge — wie — sen."

Das war wie ein unterdrücktes Stöhnen.

„Warum. Liebster?"

„Weil du — zu Calisch gegangen bist."

Da schlug Traute die Hände vor's Gesicht und weinte bitterlich.

„O, sie haben auch schon den Oberst gesprochen! Präzise gearbeitet haben sie, alles bedacht, nichts vergessen, gar nichts vergessen haben sie zu meiner Vernichtung. — Vorbei — Schluß — aus ist es mit mir. Man wird mich kassieren, wenn — wenn —" er würgte an diesen Worten, — „wenn ich nicht um meine Versetzung einkomme."

Traute saß regungslos und Leod schwieg auch.

Nach einer langen Pause endlich fuhr er fort:

„Eines nur, nur eines könnte mich retten — ein einziges nur."

Da ließ Traute die Hände sinken. Sie sah ihn an mit ihren zaubervollen Augen, in denen Erbarmen und Liebe leuchteten.

Zögernd — tastend, als ob sie an Möglichkeiten nicht glaube und sich vor Enttäuschungen fürchte, fragte sie:

„Was ist das, Mac, das einzige, das dich retten könnte?"

Einen Augenblick besann er sich, dann sagte er: „Dein Bekenntnis!"

„Mein Bekenntnis?"

„Das Bekenntnis, Traute — freiwillig und ohne mein Wissen zu Calisch gegangen zu sein."

Tonlos wiederholte sie die Worte zum zweiten Male: „Mein Bekenntnis."

„Ja, Traute, nur das rettet mich. Das läßt die anderen schuldig werden. — Gib es Trautlieb! Gib dieses Bekenntnis! Gib es morgen dem Oberst und ich bin gerechtfertigt."

Da schüttelte Traute den Kopf.

„Ich hab' dich lieb, Mac," sagte sie leise. „Ich kann dich nicht verlieren. Ich darf es nicht — um unseres Kindes willen."

„Wenn du mir diesen Dienst erweisest, müßte ich nicht ewig dankbar sein?"

„Nein, Mac, das müßtest du nicht. Verachten müßtest du mich. Du könntest keine Gemeinschaft mehr mit mir haben, nie mehr. Du dürftest sie nicht haben, müßtest mich davonjagen. Nur dann würde man mir glauben und dir auch. — Ich kann mich — so tief — nicht erniedrigen. Mir bliebe nichts mehr, was ich dir zu geben hätte. Liebe und Ehre sind alles, was ich habe. Die solltest du mir lassen zu deinem, meinem und unseres Kindes Bestem."

Mac hatte sein Weib während dieser Worte mit immer größerem Staunen angesehen.

Wie sie über sich hinauswuchs, so wurde er kleiner, bis in seinem Herzen nichts mehr war, als nur ein einziges bitteres Bereuen.

Ueber den Tisch hin faßte er ihre Hände und hielt sie fest.

„Ich bin häßlich gewesen," klagte er, „schlecht bin ich gewesen, weh habe ich dir getan, vernachlässigt habe ich dich — war deiner nicht wert."

Sie legte ihre Wange auf seine Hände, die kühl waren und zitterten.

„Sprich nicht davon, Mac — es ist vergessen. Wenn wir zu irren aufgehört, wird ewige Seligkeit sein."

„Du — du —" und er brauchte die Worte einer, mit der er gesündigt in Gedanken — „Heilige, Gebenedeite" — er lehnte seinen Kopf an den ihren — „und du willst mit mir gehen, wo immer sie mich hinschicken?"

„Bis an das Ende aller Tage," sagte sie schlicht.

Und zwei sich entfremdet gewesene Menschen hatten sich wiedergefunden im Unglück und Leid!

* * *

Am anderen Tage bat Mac Leod seine vorgesetzte Dienstbehörde um einen kurzen Urlaub und kam gleichzeitig um seine Versetzung ein.

Beidem wurde entsprochen.

Schon nach wenigen Wochen reiste der Hauptmann Mac Leod mit Frau und Kind nach Batavia ab.

Was Gertrud Mac Leod auf Java erlebt, wird in dem morgen beginnenden Roman geschildert.